



Die Arbeit des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
in der 17. Wahlperiode



Inhaltsverzeichnis

I.	Der Ausschuss	3
II.	Beratungsthemen Verkehr	4
1.	Eisenbahnwesen	4
2.	Stuttgart 21 / Neubaustrecke Wendlingen – Ulm	9
3.	Straßenverkehr	9
4.	Radverkehr.....	12
5.	Güterverkehr und Logistik	12
6.	Fernbus.....	14
7.	Luftverkehr	15
8.	Flughafen BER.....	17
9.	Schifffahrt.....	17
10.	Verkehrslärm.....	21
11.	Verkehrsträgerübergreifende Infrastrukturfragen	21
12.	Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)	24
13.	Verkehrssicherheit	25
14.	Sonstige Verkehrsthemen	25
III.	Beratungsthemen Energieeinsparung und Klimaschutz.....	26
1.	Energieeinsparung im Gebäudebereich.....	26
2.	Elektromobilität.....	28
3.	Weitere Beratungsgegenstände.....	29
IV.	Beratungsthemen Bau und Stadtentwicklung.....	29
1.	Wohnen	29
2.	Bau- und Stadtentwicklung.....	30
V.	Internationale Kontakte und Kontakte zur Europäischen Union	32
1.	Internationale Kontakte.....	32
2.	Kontakte zur Europäischen Union	34
	Anhang 1.....	35
	Anhang 2.....	36
	Anhang 3.....	37

I. Der Ausschuss

Der am 25. November 2009 neu konstituierte Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung des Deutschen Bundestages war in der 17. Wahlperiode (bis zum 22. Oktober 2013) für das Verkehrswesen, das Bauwesen und den Städtebau zuständig (die Zuständigkeit für das Thema Aufbau Ost, die in der 15. und 16. Wahlperiode bestanden hatte, ging aufgrund der geänderten Aufgabenverteilung innerhalb der Bundesregierung auf den Innenausschuss über).

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hatte in der 17. Wahlperiode **37 Mitglieder** (14 CDU/CSU, 9 SPD, 6 FDP, 4 DIE LINKE. und 4 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). **Vorsitzender** des Ausschusses war in der Zeit vom 25. November 2009 bis zum 27. Mai 2011 Abg. Winfried Hermann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)¹. Winfried Hermann legte wegen seines Wechsel als Minister für Verkehr und Infrastruktur in die Landesregierung von Baden-Württemberg am 27. Mai 2011 sein Mandat nieder. Ihm folgte am 8. Juni 2011 Abg. Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) als neuer Vorsitzender². **Stellvertretender Vorsitzender** war Abg. Volkmar Vogel (Kleinsaara) (CDU/CSU-Fraktion).

Obmann der CDU/CSU-Fraktion war Abg. Dirk Fischer (Hamburg), Obmann der SPD-Fraktion war ab Oktober 2011 Abg. Sören Bartol. Vom Beginn der Wahlperiode bis zum 17. Oktober 2011 war Abg. Uwe Beckmeyer Obmann der SPD-Fraktion im Ausschuss gewesen. Obfrau der Fraktion der FDP war ab Mai 2012 Abg. Petra Müller. Vom Beginn der 17. Wahlperiode bis April 2012 war Abg. Patrick Döring Obmann der FDP-Fraktion gewesen. Obfrau der Fraktion DIE LINKE. war Abg. Heidrun Bluhm und Obfrau der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Abg. Bettina Herlitzius. Eine **Liste der Mitglieder** des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der 17. Wahlperiode ist als Anhang 1 beigefügt.

Der Ausschuss hat in der 17. Wahlperiode insgesamt 110 **Sitzungen**, darunter 25 öffentliche Anhörungen und 6 sonstige öffentliche Sitzungen, durchgeführt. Eine Liste der öffentlichen Sitzungen ist als Anhang 2 beigefügt. Zudem haben sich Mitglieder des Ausschusses in Berichterstattegesprächen intensiv mit den Themen Flughafen Berlin-Brandenburg (BER) sowie mit der Frage einer Fortführung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung des Bundes mit Unternehmen des DB-Konzerns (LuFV) befasst.

Dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurden in der 17. Wahlperiode 353 Vorlagen zur **federführenden Beratung** überwiesen, davon 54 Gesetzentwürfe (eine Liste der Gesetzentwürfe ist als Anhang 3 beigefügt), 1 Rechtsverordnungsentwurf, 142 Anträge und 156 Unterrichtungen (davon 133 EU-Vorlagen) und weitere 479 Vorlagen zur **Mitberatung**. Der Ausschuss hat dem Plenum des Deutschen Bundestages in der 17. Wahlperiode insgesamt 143 **Beschlussempfehlungen** vorgelegt.

Bei den umfangreichen jährlichen **Haushaltsberatungen** hat sich der Ausschuss gutachtlich mit den Vorlagen zum Haushalt und zum Finanzplan befasst und hat dem Haushaltsausschuss zu einer Vielzahl von Einzelfragen Empfehlungen aus fachlicher Sicht übermittelt.

Zudem hat der Ausschuss eine Vielzahl von **Selbstbefassungen** (Tagesordnungspunkte aus seinem Geschäftsbereich, denen keine Überweisung zugrunde lag) beraten, worunter sich auch die Debatten finden, die regelmäßig zur Vorbereitung von Tagungen des Europäischen Rates "Verkehr, Telekommunikation und Energie" sowie zur Erörterung der Ergebnisse dieser Ratstagungen

¹ [hib-Meldung vom 25. November 2009](#)

² [hib-Meldung vom 8. Juni 2011](#)

geführt wurden. Auch die Ergebnisse von Verkehrsminister- und Bauministerkonferenzen der Länder wurden in diesem Rahmen erörtert.

II. Beratungsthemen Verkehr

1. Eisenbahnwesen

Auch in der 17. Wahlperiode bildete das Eisenbahnwesen für den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung einen besonders wichtigen Themenkomplex, mit dem er sich unter verschiedensten Aspekten befasst hat.

Schienenlärm ist ein Thema, das viele Bürgerinnen und Bürger sehr unmittelbar betrifft. Dementsprechend hat sich auch der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung intensiv damit beschäftigt. Die wichtigste gesetzliche Regelung war dazu in der 17. Wahlperiode das „Elfte Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes“. Bei schalltechnischen Berechnungen für den Schienenverkehrslärm wird bei der Errechnung des Beurteilungspegels bislang ein Abzug von 5 db(A) berücksichtigt (Schienenbonus). Die gesetzliche Neuregelung³ hat im Wesentlichen zur Folge, dass dieser sog. Schienenbonus für Schienenwege, deren Planfeststellungsverfahren nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes und des dazu gehörigen Bedarfsplans eröffnet werden, nicht mehr angewendet wird. Der Ausschuss hat zu diesem Gesetzentwurf (Drs. 17/10771⁴) sowie zu einem Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP (Drs. 17/10780⁵) im November 2012 eine öffentliche Anhörung durchgeführt⁶. Zu Anträgen der Fraktionen SPD (Drs. 17/5461⁷ und Drs. 17/6452⁸) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/4652⁹) zum Thema Schienenlärm hatte er bereits im Dezember 2011 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁰.

Besondere Aufmerksamkeit hat der Ausschuss dem Thema Schienenlärm im Bereich des Rheins gewidmet. So hat sich im November 2010 eine vom damaligen Ausschussvorsitzenden Winfried Hermann geleitete Delegation vor Ort über Auswirkungen des geplanten Ausbaus der Rheintalbahn informiert und im März 2012 fand in Berlin ein Gespräch von Mitgliedern des Ausschusses mit Vertretern betroffener Städte und Gemeinden statt. Im März 2011 empfahl der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Annahme einer von den Fraktionen CDU/CSU und FDP vorgelegten Entschließung, welche einen anwohnerfreundlichen Ausbau der Rheintalbahn forderte¹¹, im Dezember 2012 empfahl er die Annahme einer von den selben Fraktionen vorgelegten Entschließung, welche die Umsetzung des Projektbeiratsbeschlusses bei der Rheintalbahn forderte¹². Auch darüber hinaus war die Lärmbelastung durch den Schienengüterverkehr entlang des Rheins, namentlich im Mittelrheintal, ein wichtiges Thema der Ausschussberatungen.

Zu den bedeutenden Gesetzesvorhaben im Bereich der Schiene gehörte in der 17. Wahlperiode auch das „Gesetz über die Bundesförderung der **Investitionen in den Ersatz der Schienenwege**

³ Drs. 17/11610 (a. 17/10771 b. 17/10780 c. 17/5461 d. 17/6452 e. 17/4652; siehe auch [hib-Meldung vom 19. November 2012](#))

⁴ Drs. 17/10771

⁵ Drs. 17/10780

⁶ 84. Sitzung am 7. November 2012, siehe auch [hib-Meldung vom 7. November 2012](#)

⁷ Drs. 17/5461

⁸ Drs. 17/6452

⁹ Drs. 17/4652

¹⁰ 59. Sitzung am 14. Dezember 2011, siehe auch [hib-Meldung vom 14. Dezember 2012](#)

¹¹ Drs. 17/5091 (a. 17/4861 b. 17/4856 c. 17/3659 d. 17/2488 e. 17/4689)

¹² Drs. 17/11932 (17/11652)

der öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahnen im Schienengüterfernverkehrsnetz“, mit dem nun auch mit Bundesmitteln Ersatzinvestitionen der öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahninfrastruktur, die dem Schienengüterfernverkehr dient, gefördert werden¹³.

Ziel des im Ausschuss beratenen und dann in geänderter Fassung angenommenen „Entwurfs eines Gesetzes zur Neuordnung der Regulierung im Eisenbahnbereich“ ist es, die Vorschriften über die Regulierung in einem Gesetz, dem **Eisenbahnregulierungsgesetz**, zusammenzufassen, insbesondere die Vorschriften zur Entgeltregulierung neu zu gestalten und damit die Entgelte für die Nutzung einer Eisenbahninfrastruktur zu regulieren, den Zugang zur Eisenbahninfrastruktur zu verbessern und die Befugnisse der Bundesnetzagentur in diesem Bereich zu stärken¹⁴. Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuss auch eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁵.

Exkurs: Das Eisenbahnregulierungsgesetz im Bundesrat

Nach einem Verfahren im Vermittlungsausschuss hat der Bundesrat dem Gesetz letztlich seine Zustimmung versagt¹⁶. In der Länderkammer wurde verstärkt auf die Interessen der Bundesländer als Besteller des Schienenpersonennahverkehrs hingewiesen. Einig war man sich dabei, dass die Neuregelung auf eine Verbesserung der Qualität der Infrastruktur zielen sollte. Auf welchem Wege dies erreicht werden könne, wurde unterschiedlich eingeschätzt. Dabei spielten Fragen der Auswirkung der Anreizregulierung, die Folgen eines stärkeren Wettbewerbs auf der Schiene sowie das Interesse der Länder an einer dauerhaften Reduzierung des finanziellen Aufwandes eine Rolle. Schließlich wurden Fragen der Folgewirkungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Bahnunternehmen sowie Fragen des bürokratischen Aufwandes unterschiedlich gewichtet.

Ein Themenbereich war die **Sicherheit des Eisenbahnverkehrs**. Im „Fünften Gesetz zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes“ wurde das Allgemeine Eisenbahngesetz mit dem Ziel angepasst, neben den Eisenbahnen und den Haltern von Eisenbahnfahrzeugen jetzt auch demjenigen, der den Antrag auf Genehmigung zur Inbetriebnahme stellt, die Verantwortung dafür zuzuweisen, dass die **Fahrzeuge** den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit an den Bau zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme genügen¹⁷. Die Zulassung von Eisenbahnfahrzeugen wurde vor dem Hintergrund der in der Öffentlichkeit geführten Diskussion über den Zeitrahmen für die Zulassung neuer Züge durch das Eisenbahnbundesamt auch darüber hinaus im Ausschuss immer wieder thematisiert. Mit dem „Achten Gesetz zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften“ wurden die Richtlinien 2008/57/EG und 2008/110/EG durch Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes in deutsches Recht umgesetzt. Unter anderem wurde eine **für die Instandhaltung zuständige Stelle** eingeführt, die für den betriebssicheren Zustand der von ihr übernommenen Eisenbahnfahrzeuge verantwortlich ist¹⁸.

Im März 2010 führte der Ausschuss ein öffentliches Expertengespräch zur Sicherheit des rollenden Materials bei der Bahn durch, bei dem es vor allem um **Radsatzwellen** von ICE- und S-Bahn-Zügen ging¹⁹. Hierzu hat er auch Empfehlungen zur Gewährleistung der Sicherheit der

¹³ Drs. 17/13494 (17/13021)

¹⁴ Drs. 17/13526 (17/12726)

¹⁵ 103. Sitzung, siehe auch [hib-Meldung vom 15. Mai 2013](#)

¹⁶ Drs. 17/14347 bzw. BR-Prot. 912 (17/13882; 17/14225)

¹⁷ Drs. 17/8787 (17/8364; siehe auch [hib-Meldung vom 29. Februar 2012](#))

¹⁸ Drs. 17/9953 (17/9692)

¹⁹ [hib-Meldung vom 3. März 2010](#)

Eisenbahnen in Deutschland beschlossen²⁰. Auch mit Ursachen und Konsequenzen aus **Eisenbahnunglücken** hat sich der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung intensiv befasst (beispielsweise mit den Eisenbahnunglücken in Hordorf²¹, Bargum (Nordfriesland) sowie mit der Kollision einer Regionalbahn mit einem Zweiwegebagger im April 2012 bei Mühlheim (Main)). In Bezug auf das Eisenbahnunglück von Hordorf hat er Konsequenzen gefordert²² und die weitere der Umsetzung dieser Maßnahmen beobachtet. Auch der **Anschlag** auf die Bahnstrecke Berlin - Hannover sowie der versuchte Anschlag auf den Berliner Hauptbahnhof im Jahr 2011 waren Gegenstand der Ausschussberatungen. Zudem hat sich der Ausschuss mit der Frage der Vereinheitlichung von Zugsicherungssystemen, namentlich mit dem europäischen **Zugsicherungssystem ETCS**, beschäftigt. Auch allgemein wurde die Frage der **Interoperabilität** von Eisenbahnen im internationalen Verkehr in den Beratungen immer wieder thematisiert. Ein weiterer wichtiger Beratungsgegenstand war der Zeithorizont bei der **Zulassung von Zügen** durch das Eisenbahnbundesamt. Hiermit hat sich der Ausschuss mehrfach befasst.

Im Ausschuss beratene Themen, die auch die Öffentlichkeit besonders bewegten, waren die Betriebseinschränkungen bei der **S-Bahn Berlin**. Unter anderem hierzu hat der Ausschuss im Februar 2010 ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG, Dr. Rüdiger Grube, geführt²³, sowie im Januar 2011 ein Gespräch mit Vertretern der S-Bahn Berlin, des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) und des Betriebsrats der S-Bahn Berlin. Auch mit dem Problem des Ausfalls von **Klimaanlagen** in ICE-Zügen hat sich der Ausschuss ausgiebig befasst. So haben Mitglieder des Ausschusses im Juli 2010 ein kurzfristig angesetztes Gespräch mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG, Dr. Rüdiger Grube und dem Präsidenten des Eisenbahnbundesamtes, Gerald Hörster, geführt²⁴. In diesem Zusammenhang hat sich eine Delegation des Ausschusses auch vor Ort bei einem Besuch im ICE-Bahnbetriebswerk in Berlin-Rummelsburg über Abläufe und Probleme informiert.

In Anknüpfung an die Beratungen in der 16. Wahlperiode befasste sich der Ausschuss auch wieder mit der **Datenaffäre** bei der Deutschen Bahn AG und deren Konsequenzen. Hierzu wurden auch mehrfach Gespräche mit Vertretern der DB AG, dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sowie mit den Rechtsanwälten geführt, die mit Aufklärung befasst waren.

Ebenfalls hatte die Frage einer **Verlängerung des Dachs** des Berliner Hauptbahnhofs auf die ursprünglich vorgesehene Länge den Ausschuss bereits in der 16. Wahlperiode beschäftigt. Das Thema wurde erneut aufgegriffen, weil die DB Netz AG in den Jahren 2015 und 2016 Sanierungsarbeiten an den Gleisen plant und die Frage aufgeworfen wurde, ob die dafür notwendigen Sperrungen auf der Ost-West-Achse des Bahnhofs auch für eine Dachverlängerung genutzt werden könnten. Der Ausschuss hat hier im Juni 2013 mit dem Vorstandsvorsitzenden der DB Station & Service AG Dr. André Zeug über die Möglichkeiten für eine solche Lösung sowie ihr entgegenstehende Probleme gesprochen.

Auch die **Struktur des DB-Konzerns** wurde in der 17. Wahlperiode im Ausschuss ausführlich diskutiert und es wurden mehrere dazu eingebrachte Anträge der Oppositionsfractionen bera-

²⁰ Drs. 17/1459 (a. 17/1162 b. 17/655 c. 17/1016 d. 17/544; siehe auch [hib-Meldung vom 21. April 2010](#))

²¹ [hib-Meldung vom 9. Februar 2011](#)

²² Drs. 17/6131 (a. 17/5046 b. 17/4854 c. 17/4840; siehe auch [hib-Meldung vom 6. April 2011](#))

²³ [hib-Meldung vom 24. Februar 2010](#)

²⁴ [Gespräch am 22. Juli 2010 zum Ausfall von Klimaanlagen in ICE-Zügen](#)

ten²⁵. Hierzu fand im Oktober 2011 auch eine öffentliche Anhörung statt²⁶. Die **Besetzung des Aufsichtsrates** und des **Vorstands** der DB AG waren weitere Beratungsgegenstände im Ausschuss²⁷. Auch mit der Entwicklung der **Fahrpreise** bei der Bahn²⁸ sowie mit der **Kundenfreundlichkeit der Bahn**²⁹ hat sich der Ausschuss befasst.

Um sich über Schienenthemen aus erster Hand informieren zu lassen, hat der Ausschuss auch eine Reihe von Gesprächen mit wichtigen Akteuren in diesem Bereich geführt, unter anderem im Juni 2010 je ein Gespräch mit Vertretern des **Netzbeirates** der DB AG und mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG, **Dr. Rüdiger Grube**³⁰, zum Thema "Entwicklung und Perspektiven des Konzerns". Über die Konsequenzen der aktuellen Situation der Deutschen Bahn AG für die Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs in Deutschland (insbesondere Probleme beim Stellwerk am **Mainzer Hauptbahnhof**) sprach der Ausschuss in einer Sondersitzung im September 2013 mit Bundesminister Dr. Peter Ramsauer, Dr. Rüdiger Grube und Dr. Volker Kefer aus dem Konzernvorstand der Deutschen Bahn AG, Alexander Kirchner, dem Vorsitzenden der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und Claus Weselsky, dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)³¹.

Sehr intensiv hat sich der Ausschuss in der 17. Wahlperiode der Frage der Fortsetzung der **Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV)** zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Unternehmen des DB-Konzerns gewidmet.

Hierzu wurden im Vorfeld auch **intensive Gespräche der zuständigen Berichterstatter** im Ausschuss und weiterer Ausschussmitglieder geführt, in die zum Teil auch Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses sowie externe Gäste einbezogen waren. Thematisiert wurden hierbei auch die Erfahrungen mit der bisherigen LuFV. Grundlage waren unter anderem entsprechende Berichte der Bundesregierung, die Infrastrukturzustands- und -entwicklungsberichte der Deutschen Bahn AG sowie Berichte der Bundesregierung an den Rechnungsprüfungsausschuss zu den Infrastrukturzustands- und -entwicklungsberichten 2008 und 2009 der Deutschen Bahn AG. Ein **Expertengespräch** zu den Infrastrukturzustands- und entwicklungsberichten der DB AG sowie zur Weiterentwicklung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) mit jeweils einem Vertreter des Bundesrechnungshofes, des Eisenbahnbundesamtes, des Netzbeirates und der Deutschen Bahn AG führte der Ausschuss im März 2012. Nachdem sich das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung entschlossen hatte, zunächst nur eine Verlängerung der LuFV anzustreben und die Vereinbarung einer Neufassung zurückzustellen, hat der Ausschuss sich intensiv mit den entsprechenden Vorschlägen des Ministeriums befasst. Im April 2013 führte er dazu ein **Gespräch mit Bundesminister Dr. Ramsauer** und beschloss zugleich, ein Expertengespräch dazu durchzuführen. Das **Expertengespräch** zu den Vorschlägen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung **über die Fortführung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV)** wurde **am 15. Mai 2013** mit Vertretern der Bundesarbeitsgemeinschaft der Aufgabenträger des SPNV e. V., des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), des Eisenbahnbundesamtes, der Deut-

²⁵ Drs. 17/13153 (a. 17/4428 b. 17/4433 c. 17/4434)

²⁶ 53. Sitzung am 19. Oktober 2011, siehe auch [hib-Meldung vom 19. Oktober 2011](#)

²⁷ Drs. 17/4829, Drs. 17/8383 (17/2189; 17/4838)

²⁸ Drs. 17/8570 (17/7940)

²⁹ Drs. 17/12920 (17/8605)

³⁰ [hib-Meldung vom 16. Juni 2010](#)

³¹ [hib-Meldung 2. September 2013](#)

schen Bahn AG, des Verbands der Bahnindustrie in Deutschland e. V. (VDB), der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e. V. (BVMB) und des Bundesrechnungshofs geführt.

Nach dem Expertengespräch vom 15. Mai stimmten der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wie auch der Haushaltsausschuss in ihren Sitzungen am 5. Juni 2013 der Verlängerung der LuFV mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP zu. Die Koalitionsfraktionen betonten, durch die zweijährige Verlängerung der bisherigen Regelung werde die Möglichkeit geschaffen, vor Abschluss einer LuFV-2 die verbleibenden Konfliktpunkte – wie etwa die Frage der Prüfungsrechte des Bundesrechnungshofes – in Ruhe zu diskutieren. Dank zusätzlicher LuFV-Bundesmittel von 250 Mio. Euro pro Jahr könne nun bereits die Brückensanierung sowie der barrierefreie Ausbau von Bahnhöfen beschleunigt vorangetrieben werden. Die Oppositionsfraktionen hingegen bemängelten, mit der Verlängerung werde den bisherigen Erfahrungen und der Kritik des Parlaments an der LuFV-1 nicht hinreichend Rechnung getragen. Auch werde die bisherige Regelung keineswegs unverändert fortgeschrieben, sondern die Bundeszuschüsse bereits erhöht, ohne dass jedoch im Gegenzug die von der Bahn zu erfüllenden Qualitätskriterien ausreichend präzisiert und erweitert würden.

Exkurs: Unterzeichnung der LuFV-Verlängerung

Nach der Zustimmung beider Ausschüsse unterzeichneten BMVBS und Bahn AG am 6. September 2013 in Berlin die Vereinbarungen. Diese enthielten neben der Verlängerung der Laufzeit der bisherigen LuFV bis Ende 2015 und einer Erhöhung der Bundeszuschüsse um je 250 Mio. Euro für die Jahre 2013 und 2014 auch eine Vereinbarung zur Korruptionsbekämpfung und zur Regulierung von Kartellschäden, nach der etwaige Strafzahlungen an das BMVBS zurückfließen, um wieder in das Schienennetz investiert werden zu können.

Auch die Ausgestaltung und die Finanzierung von **Neu- und Ausbauprojekten** im Bereich der Bundesschienenwege wurde im Ausschuss immer wieder diskutiert. Unter anderem ging es dabei um die Frage, ob die mit Bundesmitteln zu finanzierenden Anteile der Gesamtkosten von Neubau- und Ausbauinvestitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes in Höchstbetragsvereinbarungen festgeschrieben werden sollen³². Zudem wurden auch einzelne Projekte, wie beispielsweise die sog. Y-Trasse, immer wieder kontrovers erörtert.

Weitere Themen aus dem Bereich des Eisenbahnverkehrs waren unter anderem:

- der Antrag „Zukunft der Bahn – Bürgerbahn statt Börsenbahn“ der Fraktion DIE LINKE.³³;
- der "Sachstand zum geplanten Kauf der Arriva Group durch die Deutsche Bahn AG“;
- die Auswirkungen einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes zu Direktvergaben im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) vom 8. Februar 2011;
- die Verbesserung des Schienenverkehrs zwischen Deutschland und Polen³⁴ und
- das Sondergutachten der Monopolkommission „Bahn 2011: Wettbewerbspolitik unter Zugzwang“³⁵.

³² Drs. 17/3478 (17/543)

³³ Drs. 17/4828 (17/652)

³⁴ Drs. 17/12369 (17/9947)

³⁵ Drs. 17/7248

2. Stuttgart 21 / Neubaustrecke Wendlingen – Ulm

Ein Vorhaben, welches den Ausschuss während der gesamten 17. Wahlperiode beschäftigte, waren der Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs - **Stuttgart 21** - und das damit im Zusammenhang stehende Projekt einer **ICE-Neubaustrecke Wendlingen-Ulm**. Neben einer großen Zahl von Selbstbefassungen, bei denen sich der Ausschuss über die beiden Projekte informiert hat:

- „Sachstand des Projektes Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen – Ulm“ im Dezember 2009,
- „Aktuelle Kostenentwicklung bei der Neubaustrecke Wendlingen - Ulm und des Gesamtprojekts Stuttgart 21“ im September 2010³⁶,
- „Kostenrisiken bei Stuttgart 21“ im Mai 2011,
- „Behandlung der Ergebnisse des Stresstestes zum Bahnprojekt Stuttgart 21 im Deutschen Bundestag“ im Juli 2011,
- „Ergebnisse des Gutachtens zur Betriebsqualitätsüberprüfung Stuttgart 21 (Stresstest Stuttgart 21)“ im September 2011,
- „Brandschutzmängel bei Stuttgart 21“ im Oktober 2012 und
- „Kostenentwicklung bei Stuttgart 21“ im Dezember 2012³⁷ sowie Februar³⁸ und März 2013.

wurden auch eine Reihe von Anträgen zu dem Thema behandelt, die vom Ausschuss im Ergebnis abgelehnt wurden³⁹:

- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Moratorium für Stuttgart 21 – Wirtschaftlichkeit des Großprojektes vor Baubeginn sicherstellen“
- Fraktion der SPD: „Kein Weiterbau von Stuttgart 21 bis zur Volksabstimmung“
- Fraktion DIE LINKE. „Stuttgart 21, Neubaustrecke Wendlingen-Ulm und das Sparpaket der Bundesregierung“
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Sofortiger Baustopp für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke“ Wendlingen-Ulm“
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Transparenter Stresstest für die Leistungsfähigkeit des Bahnprojekts Stuttgart 21“

Zu drei von diesen Anträgen fand im November 2010 eine öffentliche Anhörung statt⁴⁰, die auch durch den Fernsehsender „PHOENIX“ übertragen wurde.

3. Straßenverkehr

Ein wichtiges Gesetzgebungsvorhaben im Bereich des Straßenverkehrs war in der 17. Wahlperiode die Gesetzgebung zur Reform des **Verkehrszentralregisters**⁴¹, mit dem unter anderem feste Tilgungsfristen für die jeweiligen Verkehrsverstöße eingeführt und ein Kategoriensystem mit ein,

³⁶ [hib-Meldung vom 29. September 2010](#)

³⁷ [hib-Meldung vom 14. Dezember 2012](#)

³⁸ [hib-Meldung vom 27. Februar 2013](#)

³⁹ [Drs. 17/268 \(17/125; siehe auch \[hib-Meldung vom 16. Dezember 2009\]\(#\)\)](#), [Drs. 17/5172 \(a. 17/2933 b. 17/2914 c. 17/2893; siehe auch \[hib-Meldung vom 15. Dezember 2010\]\(#\)\)](#), [Drs. 17/5236 \(17/5041\)](#), [Drs. 17/10865 \(17/9741\)](#)

⁴⁰ [Anhörung am 10. November 2010](#), [hib-Meldung vom 10. November 2010](#), [TV-Übertragung Bundestag](#)

⁴¹ [Drs. 17/13452 \(17/12636; siehe auch \[hib-Meldung vom 24. April 2013\]\(#\)\)](#)

zwei und drei Punkten geschaffen sowie strengere Regelungen für besonders verkehrssicherheitsbeeinträchtigende Zuwiderhandlungen eingeführt wurden, wohingegen Zuwiderhandlungen, die keine Relevanz für die Verkehrssicherheit haben, nicht mehr zu Punkten in Flensburg führen sollten. Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuss im April 2013 eine öffentliche Anhörung durchgeführt⁴². Bereits im Vorfeld hatte sich der Ausschuss im März 2012 im Rahmen von Selbstbefassungen über die geplante Reform unterrichtet⁴³.

Für die jüngeren Verkehrsteilnehmer war vor allem eine Änderung des Straßenverkehrsrechts wichtig, mit der das ursprünglich befristete „**Begleitete Fahren ab 17**“ in Dauerrecht überführt wurde⁴⁴. Diese Gesetzesnovelle war im Jahr 2010 durch eine EntschlieÙung mit dem Titel „Modellversuch ‚Begleitetes Fahren mit 17‘ in das Dauerrecht überführen“ vorbereitet worden⁴⁵. Zudem empfahl der Ausschuss die Annahme einer EntschlieÙung, welche dafür plädierte, den **Erwerb von Zweiradfahrerscheinen** zu erleichtern⁴⁶.

Exkurs: Weitere Entwicklung bei den Zweiradfahrerscheinen

Unter anderem zur Umsetzung der vom Deutschen Bundestag am 8. Juli 2010 angenommenen EntschlieÙung auf Drucksache 17/1574 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ab 1. Mai 2013 die Grundlage für einen bis Ende April 2018 befristeten Modellversuch "Moped mit 15" für die Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt geschaffen⁴⁷. Ziel des Modellversuchs ist es nach Angaben des Ministeriums, zu ermitteln, ob vor dem Hintergrund, dass die Fahrerlaubnis der Klasse AM nur durch eine qualifizierte und umfassende Ausbildung mit anschließender theoretischer und praktischer Prüfung erworben werden kann, positive Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit erreicht werden können. Das BMVBS führt aus, mit Blick auf die im Zuge der Umsetzung der Richtlinie 2006/126/EG (3. Führerscheinrichtlinie) erhobenen Bedenken zur Absenkung des Mindestalters für die Fahrerlaubnis der Klasse AM sei zunächst keine generelle Absenkung auf 15 Jahre vorgenommen worden. Jedoch dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass es insbesondere in den ländlichen Regionen einen dringenden Bedarf an steigender Mobilität gebe. Anhand einer wissenschaftlichen Evaluation der Ergebnisse solle über eine Überführung in Dauerrecht entschieden werden.

Bei weiteren Gesetzesänderungen im Bereich des Straßenverkehrsrechts ging es vor allem

- um die Nutzung des Zentralen Fahrzeugregister zur Beschleunigung der **Rettung von Insassen** aus verunfallten Fahrzeugen durch die Feuerwehren⁴⁸ („Drittes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze“);
- um spezielle Fahrberechtigungen für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, des Rettungsdienstes, des Technischen Hilfswerks und des Katastrophenschutzes zum Führen von **Einsatzfahrzeugen**⁴⁹ („Siebtes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes“);

⁴² Öffentliche Anhörung am 17. April 2013

⁴³ hib-Meldung vom 7. März 2012

⁴⁴ Drs. 17/3450 (17/3022; siehe auch hib-Meldung vom 6. Oktober 2010)

⁴⁵ Drs. 17/2147 (17/1573)

⁴⁶ Drs. 17/2456 (17/1574; siehe auch hib-Meldung vom 7. Juli 2010)

⁴⁷ BMVBS, Modellversuch "Moped mit 15"

⁴⁸ Drs. 17/5169 (17/4144; siehe auch hib-Meldung vom 16. März 2011)

⁴⁹ Drs. 17/5355 (a. 17/4981 b. 17/2766; siehe auch hib-Meldung vom 23. März 2011)

- um die Umsetzung europäischen Rechts zum elektronischen **Halterdatenaustausch** zwischen den Mitgliedstaaten der EU bei Verkehrsverstößen⁵⁰ („Viertes Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze“⁵¹);
- um die Umsetzung der Richtlinie 2010/40/EU zum Rahmen für die Einführung Intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen⁵² („Intelligente Verkehrssysteme Gesetz – IVSG“).

Ein Thema, zu dem sich die Diskussion fast über die gesamte Wahlperiode erstreckte, war die Einrichtung von **Carsharing-Stellplätzen**. Bereits im Dezember 2010 gab es zu den hierzu eingebrachten Anträgen⁵³:

- Fraktion der SPD: „Kommunen die Einrichtung von Carsharing-Stellplätzen ermöglichen“
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Schaffung von Rechtssicherheit für Carsharing-Stationen und Elektrofahrzeug-Stellplätze“

eine öffentliche Anhörung des Ausschusses⁵⁴. Die Anträge wurden dann im Januar 2013 abschließend beraten und vom Ausschuss mit Mehrheit abgelehnt. Im Juni 2012 befasste sich der Ausschuss im Rahmen einer Selbstbefassung mit der Stellplatzvergabe im öffentlichen Verkehrsraum für Carsharing-Dienstleistungen, im Januar 2013 mit dem Sachstand hinsichtlich Änderungen von Rechtsnormen im Hinblick auf Carsharing.

Im Bereich der **Straßeninfrastruktur** erlangte in den Beratungen des Ausschusses die Frage des Zustands der bestehenden Infrastruktur bei Straßen und vor allem bei **Brücken** (Stichwort: Verkehrseinschränkungen für schwere LKW auf der Rheinbrücke Leverkusen Ende November 2012) besondere Bedeutung. Hierzu hat auch der Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer mehrfach im Ausschuss berichtet.

Weitere Beratungsthemen aus dem Bereich des Straßenverkehrs waren unter anderem:

- Ein Hintergrundpapier des Umweltbundesamtes "Pkw-Maut in Deutschland? Eine umwelt- und verkehrspolitische Bewertung";
- Abkommen über Grenzbrücken zwischen Deutschland und Polen⁵⁵ sowie zwischen Deutschland und Luxemburg⁵⁶;
- Alternativen zur Nordverlängerung der Bundesautobahn 14⁵⁷;
- die Auswirkungen der Diskussion über den Benzin-Ethanol-Kraftstoff E10 auf den Bereich des Straßenverkehrs;
- die Folgen einer Kfz-Kennzeichenmitnahme bei Halterwechsel;

⁵⁰ [Drs. 17/13351 \(neu\) \(17/13026\)](#)

⁵¹ Ursprünglich eingebracht als „Entwurf eines **Fünften** Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze“; die Nummerierung änderte sich Infolge der Beratungsabläufe.

⁵² [Drs. 17/12768 \(17/12371\)](#)

⁵³ [Drs. 17/14089 \(a. 17/781 b. 17/3208\)](#)

⁵⁴ [Öffentliche Anhörung am 1. Dezember 2010, hib-Meldung vom 1. Dezember 2010](#)

⁵⁵ [Drs. 17/13779 \(17/13418\)](#)

⁵⁶ [Drs. 17/7092 \(17/6615\)](#)

⁵⁷ [Drs. 17/5033 \(17/4199\)](#)

- das Kontrollgerät im Straßenverkehr⁵⁸;
- die Frage eines Tempolimits auf Autobahnen⁵⁹ und
- der Frage einer Bedarfsfestlegung des Baus oder Ausbaus von Bundesfernstraßen allein durch den Gesetzgeber⁶⁰.

4. Radverkehr

Im Bereich des Radverkehrs stand die Erörterung des Nationalen Radverkehrsplans 2020 (NRVP), der im September von der Bundesregierung beschlossen wurde und zum 1. Januar 2013 in Kraft trat, im Vordergrund der Beratungen. Zu zwei Anträgen, die zu dem Nationalen Radverkehrsplans 2020 vorgelegt wurden⁶¹, hat der Ausschuss am 24. April 2013 eine öffentliche Anhörung durchgeführt⁶². Dabei spielten u.a. Fragen der Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, der Finanzierung des Radwegeausbaus sowie der Verkehrssicherheit bei steigendem Radverkehrsanteil eine Rolle. Experten wie Fraktionen begrüßten die Ansätze der Bundesregierung zur Radverkehrsförderung überwiegend, forderten teils aber auch die Festschreibung verbindlicher Vorgaben und ambitionierter, messbarer Ziele, ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes bzw. einen konkreten Aktionsplan zur Umsetzung des NRVP oder ein Bundesradverkehrsgesetz.

5. Güterverkehr und Logistik

Auch in der 17. Wahlperiode spielte die **LKW-Maut** bei den Beratungen des Ausschusses eine wichtige Rolle:

- So wurde mit dem „Gesetz zur Neuregelung mautrechtlicher Vorschriften für Bundesfernstraßen“ die Maut für die Nutzung von Bundesautobahnen durch schwere Nutzfahrzeuge auch auf die Nutzung von bestimmten mindestens **vierstreifigen Bundesstraßen** ausgedehnt⁶³. Hierzu fand im April 2011 eine öffentliche Anhörung des Ausschusses statt⁶⁴. Im Herbst 2011 ließ sich der Ausschuss dann über den aktuellen Stand der Umsetzung dieser Ausdehnung der Lkw-Maut informieren.
- Durch das „Erste Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes“ wurde die Richtlinie 2011/76/EU umgesetzt. Dabei wurde auch eine rückwirkende **gesetzliche Bestätigung der Mautsätze** zur Beseitigung einer unklaren Rechtslage, die sich aus einem Urteil des OVG Münster (sog. Obst-Urteil) ergeben hatte, aufgenommen⁶⁵.

Weiterhin informierte sich der Ausschuss

- in einer Selbstbefassung im Jahr 2009 über die „Ausgestaltung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem **Toll Collect Konsortium**“⁶⁶,
- im Dezember 2012 über den „Sachstand zum **Mautschiedsgerichtsverfahren** und zur möglichen Übernahme der Toll Collect GmbH durch den Bund“,

⁵⁸ Drs. 17/11864 (17/6985 Nr. A. 58)

⁵⁹ Drs. 17/7887 (17/6480; siehe auch [hib-Meldung vom 21. September 2011](#))

⁶⁰ Drs. 17/8838 (17/7885)

⁶¹ Drs. 17/14086 (a. 17/11000 b. 17/11357)

⁶² Anhörung am 24. April 2013 (siehe auch [hib-Meldung vom 24. April 2013](#))

⁶³ Drs. 17/5519 (17/4979; siehe auch [hib-Meldung vom 13. April 2013](#))

⁶⁴ 35. Sitzung am 6. April 2011 (siehe auch [hib-Meldung vom 6. April 2011](#))

⁶⁵ Drs. 17/13465 (17/13027)

⁶⁶ [hib-Meldung vom 2. Dezember 2009](#)

- sowie im Jahr 2013 über „Gründe für das fehlende **Wegekostengutachten**, die verschobene Einführung der Euro 6-Klasse im Mautgesetz und die zurückgenommene Festsetzung neuer Mauthöhesätze“ sowie
- im Frühjahr 2013 über den „Sachstand in Bezug auf die LKW-Maut und **Toll-Collect**“.

Mit dem „Gesetz zur Vierten, Fünften und Sechsten Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 1. Juli 1970 über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)“ wurde dem Europäischen Übereinkommens vom 1. Juli 1970 über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten **Fahrpersonals** (AETR) zugestimmt⁶⁷.

Mit dem Ersten „Gesetz zur Änderung des **Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes**“ wurde das Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz dahingehend ergänzt, dass auch bei den Fahrerinnen und Fahrern, deren Fahrerlaubnis vor den maßgeblichen Stichtagen erloschen ist, die Grundqualifikation weiterhin unterstellt wird⁶⁸. Auch der Umsetzungsstand beim Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz wurde im Ausschuss erörtert.

Durch das „Gesetz zur **Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes** und anderer Gesetze“ wurden redaktionelle Anpassungen und Klarstellungen vorgenommen⁶⁹.

Mit dem „Gesetz zur Regelung der **Arbeitszeit von selbständigen Kraftfahrern**“ wurde die Richtlinie 2002/15/EG auch für selbständige Kraftfahrer umgesetzt⁷⁰. Mit dem „Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des Fahrpersonalgesetzes“ erfolgte eine Neuregelung zur Kabotage und es wurde wieder ermöglicht, dass Busfahrer ihre wöchentliche Ruhezeit erst am Ende eines 12-Tage-Zeitraums nehmen⁷¹.

Mit dem „Gesetz zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des Personenbeförderungsgesetzes“ wurden zur Umsetzung von EU-Recht eine Reihe von Regelungen betreffend den **Zugang zum Markt** des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs und den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt getroffen⁷².

Die Zweite Verordnung zur Änderung der Mauthöheverordnung (2. ÄndMautHV), welche der Zustimmung durch den Deutschen Bundestag bedurfte und daher im Ausschuss beraten wurde, zielte darauf ab, dass die **Mautsätze** der Mautkategorie C, die der Schadstoffklasse S 3 zugeordnet ist, nicht wie ursprünglich vorgesehen erhöht werden⁷³.

Auch der **"Aktionsplan Güterverkehr und Logistik"**⁷⁴ sowie der „Feldversuch mit **Lang-LKW**“ wurden im Ausschuss intensiv beraten. Zu diesen Themen lagen auch Anträge zur Beratung vor⁷⁵.

⁶⁷ Drs. 17/6440 (17/6061)

⁶⁸ Drs. 17/4660 (17/3800)

⁶⁹ Drs.17/13496 (17/12856)

⁷⁰ Drs. 17/9258 (17/8988)

⁷¹ Drs. 17/1835 (17/1395)

⁷² Drs. 17/7058 (17/6262)

⁷³ Drs. 17/3161 (17/2891; 17/2971 Nr. 2.3)

⁷⁴ hib-Meldung vom 23. November 2010

⁷⁵ Drs. 17/5226 (a. 17/3430 b. 17/3674)

6. Fernbus

Zu den vom Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung federführend beratenden Gesetzgebungsvorhaben der 17. Wahlperiode, welche in der Öffentlichkeit mit besonderem Interesse begleitet wurden, gehörte das „Gesetz zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften“, mit dem die **Einrichtung von neuen inländischen Fernbuslinien** ermöglicht wurde. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde im Ausschuss zusammen mit dem Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personenbeförderungs- und mautrechtlicher Vorschriften“, der schließlich für erledigt erklärt wurde, sowie mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Keine Liberalisierung des Buslinienverkehrs – Für einen Ausbau des Schienenverkehrs in der Fläche“, der schließlich abgelehnt wurde, beraten⁷⁶. Zu den drei Vorlagen fand im Februar 2012 auch eine öffentliche Anhörung statt⁷⁷. Zu dem „Gesetz zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften“ brachten die Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen **gemeinsamen Änderungsantrag** ein, auf dessen Grundlage der Ausschuss dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung empfahl⁷⁸.

Exkurs: Entwicklung beim Fernbus

Nach Mitteilung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hatte es vor dem Inkrafttreten der Neuregelung zum 1. Januar 2013 86 Fernbuslinien gegeben⁷⁹. Bundesminister Dr. Ramsauer äußerte im September 2013 in einem Interview, die Zahl der Strecken habe sich innerhalb eines halben Jahres fast verdoppelt und 61 weitere Genehmigungsanträge lägen vor⁸⁰. Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer e.V. (bdo) bezifferte im September 2013 die Zahl der Fernbuslinien zum ersten Halbjahr auf 160⁸¹. Das Statistische Bundesamt geht für das erste Halbjahr 2013 beim Fernbus von einer Zunahme der Zahl der Passagiere um 12,5% aus, wobei es feststellt, dass die Verkehrsleistungen von neugegründeten Busunternehmen noch nicht in diese Statistik einbezogen werden konnten⁸². Diskutiert werden in Bezug auf den Fernbus derzeit vor allem Lage und Komfort der Haltepunkte in den Städten sowie die Preisentwicklung im Fernbuslinienverkehr.

Auch mit den **Fahrgastrechten im Kraftomnibusverkehr** hat sich der Ausschuss befasst. Hier hat er zum einen das „Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004“ verabschiedet, mit dem Maßnahmen für die Einhaltung und Durchsetzung der Verordnung ergriffen und Sanktionen bei Verstöße gegen die Verordnung festgelegt wurden⁸³. Zudem hat der Ausschuss den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Stärkung der Fahrgastrechte im Fernbusverkehr“ beraten⁸⁴ und hat ihn im Ergebnis abgelehnt.

⁷⁶ Drs. 1710857 (a. 17/8233 b. 17/7046 c. 17/7487; siehe auch [hib-Meldung vom 26. September 2012](#))

⁷⁷ Sitzung am 29. Februar 2012 (siehe auch [hib-Meldung vom 29. Februar 2012](#))

⁷⁸ [hib-Meldung vom 26. September 2012](#)

⁷⁹ Pressemitteilung vom 2. April 2013

⁸⁰ Interview mit der Zeitschrift „Wirtschaftswoche“ am 4. September 2013

⁸¹ Pressemitteilung des bdo vom 19. September 2013

⁸² Pressemitteilung des Statistischen Bundesamts vom 19. September 2013

⁸³ Drs. 17/13350 (17/13031)

⁸⁴ Drs. 17/7822 (17/5057)

7. Luftverkehr

Beim Luftverkehr spielte in der 17. Wahlperiode die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums (**Single European Sky**) eine herausragende Rolle.

Unter anderem hat der Ausschuss ein Gesetz beraten, mit welchem dem **FABEC-Vertrag** zugestimmt wird⁸⁵. Der FABEC-Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz sieht vor allem die Schaffung eines gemeinsamen „Funktionalen Luftraumblocks Zentraleuropa“ (Functional Airspace Block Europe Central – FABEC) vor.

Auch das Vertragsgesetz zum **ECAA-Übereinkommen** dient der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums⁸⁶.

Zudem hat sich der Ausschuss im Rahmen der Selbstbefassung über den Sachstand der Umsetzung des gemeinsamen europäischen Luftraums informieren lassen, unter anderem durch die Deutsche Flugsicherung (**DFS**).

Ein Beratungsthema des Ausschusses, welches auch die Öffentlichkeit über Wochen bewegte, waren die durch den Ausbruch des isländischen **Vulkans Eyjafjallajökull** bedingten Einschränkungen im europäischen Luftverkehr. Bereits am 20. April 2010 informierte sich der Ausschuss in einer Sondersitzung mit dem Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Vertretern der Deutschen Flugsicherung, des Deutschen Wetterdienstes, der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV), des Bundesverbands der Deutschen Fluggesellschaften (BDF) und der MTU Aero Engines AG über die Lage⁸⁷. Am 5. Mai 2010 ließ er sich von Bundesminister Dr. Peter Ramsauer zu diesem Thema unter anderem über die Auswirkungen und Konsequenzen für die Zukunft sowie über die Ergebnisse des außerordentlichen EU-Verkehrsmisterrates am 4. Mai 2010 informieren. Mit den Lehren aus dem Ausbruch des Eyjafjallajökull befasste sich auch ein Antrag der SPD-Fraktion⁸⁸.

Im Mai 2011 ließ sich der Ausschuss über die Folgen des Ausbruchs des isländischen **Vulkans Grimsvötn** für den Luftverkehr⁸⁹ unterrichten.

Ein weiteres Thema der 17. Wahlperiode war die Frage einer **Kontamination von Flugzeugkabinenluft** mit Schadstoffen. Hierzu hat der Ausschuss mehrere Anträge beraten⁹⁰ und sich auch ansonsten laufend über das Thema informiert.

Ein weiteres bedeutendes Thema der 17. Wahlperiode war die Frage staatsvertraglicher Regelungen zum Nordanflug auf den **Flughafen Zürich** über deutsches Hoheitsgebiet. Hierzu hat sich der Ausschuss sowohl im Vorfeld des dann abgeschlossenen Staatsvertrags als auch zum Stand des Ratifikationsverfahrens mehrfach durch die Bundesregierung berichten lassen. Zudem hat er das Thema auch in mehreren Treffen mit Mitgliedern des Schweizer Nationalrats und des Ständerats erörtert (s. u. III 1.). Außerdem hat sich der Ausschuss im November 2012 über die Ergebnisse eines Treffens von Bundesminister Dr. Peter Ramsauer und Vertretern aus Südbaden informiert, bei dem es um die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland ging.

⁸⁵ Drs. 17/8957 (17/8726)

⁸⁶ Drs. 17/3396 (17/2068)

⁸⁷ hib-Meldung vom 20. April 2010

⁸⁸ Drs. 17/8202 (17/3174)

⁸⁹ hib-Meldung vom 25. Mai 2011

⁹⁰ Drs. 17/9451 (a. 17/7611 b. 17/7480; siehe auch hib-Meldung vom 8. Februar 2012)

Auch darüber hinaus spielte in den Ausschussberatungen das Thema **Fluglärm** eine wichtige Rolle. So hat der Ausschuss beispielsweise einen Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. beraten, welcher forderte bei der Festlegung von Verfahren zur Abwicklung des Luftverkehrs nach der Sicherheit dem **nächtlichen Lärmschutz** Priorität vor wirtschaftlichen Belangen einzuräumen⁹¹. In vom Ausschuss letztlich abgelehnten Anträgen der Fraktion DIE LINKE.⁹² und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN⁹³ ging es jeweils um die Frage des Baus einer dritten Start- und Landebahn am **Flughafen München** Erdinger Moos.

In diesem Zusammenhang ist zudem die Befassung des Ausschusses mit dem Verfahren zur Festlegung von Flugrouten zu erwähnen, welche vor allem durch die **Flugrouten beim neuen Flughafen BER** angestoßen wurde. Hier hat sich der Ausschuss unter anderem auch mit der „Lärmfachlichen Bewertung der Flugrouten für den Verkehrsflughafen Berlin Brandenburg (BER) durch das Umweltbundesamt (UBA)“ sowie mit rechtlichen Aspekten „bei der Benehmensregelung zur Festlegung von Flugrouten nach § 32 LuftVG zwischen UBA und BAF⁹⁴“ beschäftigt. Auch das Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der Bestimmungen zur Festlegung von Flugrouten in Deutschland wurde im Ausschuss angesprochen.

Zu dem Vorschlag für eine EU-Verordnung über Regeln und Verfahren für **lärmbedingte Betriebsbeschränkungen** auf Flughäfen hat der Ausschuss dem Plenum die Annahme einer Entschließung empfohlen⁹⁵, mit der die Bundesregierung vor allem aufgefordert wird, in den weiteren Verhandlungen auf europäischer Ebene auf eine Rücknahme des Verordnungsvorschlags hinzuwirken.

Vielfach hat sich der Ausschuss mit Fragen der **Sicherheit im Bereich des Luftverkehrs** beschäftigt, so mit der Frage der Einführung von Körperscannern an Flughäfen, mit der Umsetzung europäischer Vorhaben zur Sicherheit bei der Luftfracht, mit Auswirkungen einer Aufhebung des EU-Flüssigkeitsverbots im Luftverkehr, mit der Sicherheit bei einzelnen Fluglinien sowie mit der Umsetzung der EU-Verordnung 300/2008 zu Sicherheitsbestimmungen im Luftfrachtverkehr.

Zudem waren die Auswirkungen der **Luftverkehrssteuer** auf den Luftverkehr Thema im Ausschuss.

Bei dem im Ausschuss federführend beratenen „Vierzehnten Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes“ ging es unter anderem um Grundsätze für die Regelung von **Flughafenentgelten** und Regelungen zu **unbemannte Luftfahrzeugsystemen**. Zusätzlich hat sich der Ausschuss von der Bundesregierung hier auch über Art und Umfang der bislang für unbemannte Flugkörper erteilten Fluggenehmigungen unterrichten lassen.

Eine Angelegenheit, die den Ausschuss in der 17. Wahlperiode mehrfach beschäftigte, waren Vorschläge der EU-Kommission zu Neuregelungen im Bereich der **Bodenabfertigungsdienste**. Hierzu hat der Ausschuss dem Plenum auch eine Entschließung empfohlen, mit welcher der Vorschlag der EU-Kommission abgelehnt wurde⁹⁶. Auch in der Folge hat sich der Ausschuss über

⁹¹ Drs. 17/9452 (17/8129)

⁹² Drs. 17/9453 (17/8607)

⁹³ Drs. 17/8685 (17/7479)

⁹⁴ BAF: Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung

⁹⁵ Drs. 17/8618 (17/8426 Nr. A.46)

⁹⁶ Drs. 17/8617 (17/8426 Nr. A.44)

den Fortgang der Verhandlungen auf EU-Ebene unterrichten lassen. Zudem haben Ausschussmitglieder hierzu ein Gespräch mit einer Delegation des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments geführt (s. u. III 2.).

Weitere Themen aus dem Bereich des Luftverkehrs, mit denen sich der Ausschuss befasst hat, waren:

- ein Gesetz, bei dem es um Neuregelungen zu den **Anforderungen an das fliegende Personal** in der Zivilluftfahrt, dessen Lizenzierung und die Flugmedizin ging⁹⁷.
- das Vertragsgesetz zum **EU-Kanada-Luftverkehrsabkommen**⁹⁸ sowie ein Vertragsgesetz zum **Europa-Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen**⁹⁹ und
- die Frage eines Verbots von **privaten Rundflügen** gegen Unkostenbeitrag an Sportflughäfen.

8. Flughafen BER

Der neue Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) ist eines der größten Verkehrsinfrastrukturprojekte in Deutschland. Seine mehrfach **verschobene Eröffnung** und die Ursachen für die Verzögerung bei der Fertigstellung des Baus sowie die Frage, wer dafür verantwortlich ist, haben den Ausschuss seit Mai 2012 ganz besonders beschäftigt. Er hat sich über die damit verbundenen Fragen in vielen Sitzungen eingehend informiert und hat dazu unter anderem auch Gespräche mit Mitgliedern des Aufsichtsrates, der Geschäftsführung, der SoKo BER des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und Vertretern der Architekten Gerkan, Marg und Partner geführt¹⁰⁰. Am 12. September 2012 hat er sich im Rahmen einer Begehung der Baustelle auch einen unmittelbaren Eindruck von der Situation vor Ort verschafft. Zudem haben sich die zuständigen Berichterstatter im Ausschuss im Rahmen von Berichterstattergesprächen noch zusätzlich informieren lassen. Auch hat der Ausschuss mehrere Anträge beraten und im Ergebnis abgelehnt, die im Bundestag zu der Thematik eingebracht wurden¹⁰¹:

- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Ursachen und Verantwortlichkeiten für das Berliner Flughafendebakel lückenlos aufklären – Chancen für besseren Lärmschutz nutzen“;
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Aufsichtsrat neu besetzen, Geschäftsführer entlassen und den Flughafen Berlin Brandenburg skandalfrei fertigstellen“.

9. Schifffahrt

Ein Thema, welches in der 17. Wahlperiode bei der Schifffahrt im Vordergrund stand, war die Bedrohung von Handelsschiffen durch **Piraterie**. Der Ausschuss hat sich darüber umfassend informiert und hat dazu unter anderem ein Gespräch mit Vertretern des Verbands Deutscher Ree-

⁹⁷ Drs. 17/13349 (17/13029)

⁹⁸ Drs. 17/11252 (17/10917)

⁹⁹ Drs. 17/4181 (17/3121)

¹⁰⁰ z. B. hib-Meldung vom 9. Mai 2012, hib-Meldung vom 23. Mai 2013, hib-Meldung vom 27. Juni 2012, hib-Meldung vom 7. November 2012, hib-Meldung vom 17. Januar 2013

¹⁰¹ Drs. 17/10873 (17/9740), Drs. 17/12785 (17/11168)

der und der Gewerkschaft ver.di sowie mit Kerstin Petretto vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik geführt.

Aus Anlass mehrerer **Schiffunglücke** (z. B. MSC Flaminia, MS Waldhof) ließ sich der Ausschuss über Hergang und Ursachen unterrichten und nahm diese zum Anlass, Möglichkeiten zur Verbesserung der Schiffssicherheit zu erörtern. Unter anderem hat er zu dem Schiffunglück der MSC Flaminia drei Anträge der Oppositionsfraktionen beraten¹⁰². Auch die Sicherheit von Kreuzfahrtschiffen war vor dem Hintergrund von Havarien von Kreuzfahrtschiffen an der italienischen Küste und vor den Seychellen Gegenstand der Beratungen¹⁰³.

Ein Thema, welches über die gesamte Wahlperiode hinweg besonders kontrovers diskutiert wurde, war die Frage der Ausgestaltung einer **Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes** (WSV) und der Einbeziehung der Beschäftigten dabei, sowie die Frage, ob für die von der Bundesregierung beschlossene Reform der WSV eine gesetzliche Regelung erforderlich wäre. In engem Zusammenhang standen damit Meinungsverschiedenheiten über eine Neuklassifizierung der Bundeswasserstraßen und damit verbundene Schwerpunktsetzungen bei den Investitionen im Bereich der Wasserstraße. Zu den Themen „Wasser- und Schifffahrtsverwaltung“ sowie zum Wasserstraßenmanagement hat der Ausschuss auch eine Reihe von Oppositionsanträgen beraten:

Zu einem Bericht an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zur Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie zu den Anträgen

- Fraktion der SPD: „Zukunftsfähigkeit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sichern“;
- Fraktion DIE LINKE.: „Kein Personalabbau bei der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung – Aufgaben an ökologischer Flusspolitik ausrichten“;
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Neue Netzstruktur für Wasserstraßen präzisieren und die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung reformieren“;

hat der Ausschuss im Juni 2011 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁰⁴. Er hat dem Plenum dann im Juli 2011 empfohlen¹⁰⁵, die Anträge abzulehnen und stattdessen eine EntschlieÙung anzunehmen, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, das vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vorgelegte Konzept zur Reform der WSV um in der EntschlieÙung genannte Punkte zu ergänzen und dabei den Beschluss des Haushaltsausschusses vom 25. Mai 2011 zu berücksichtigen.

Weitere Anträge zur Reform der WSV, die der Ausschuss beraten hat, waren:

- Fraktion der SPD: „Für eine zukunftsfähige Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes und ein modernes Wasserstraßenmanagement“¹⁰⁶;
- Fraktion der SPD: „Organisationserlass zur Wasser- und Schifffahrtsverwaltung stoppen – Reform rechtssicher gestalten“¹⁰⁷;

¹⁰² Drs. 17/13152 (a. 17/10819 b. 17/11324 c. 17/11668)

¹⁰³ Drs. 17/10715 (17/9158)

¹⁰⁴ Sitzung am 29. Juni 2011 (siehe auch [hib-Meldung vom 29. Juni 2011](#))

¹⁰⁵ Drs. 17/8330 (a. 17/4030 b. 17/5548 c. 17/5056; siehe auch [hib-Meldung vom 6. Juli 2011](#))

¹⁰⁶ Drs. 17/11592 (17/9743)

¹⁰⁷ Drs. 17/14128 (a. 17/13228 b. 17/13229)

- Fraktion DIE LINKE.: „Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ohne Beschlussfassung des Deutschen Bundestages und Bundesrates verhindern“¹⁰⁷.

Mehrfach hat sich der Ausschuss auch mit der strittigen Frage einer Privatisierung des **Duisburger Hafens** befasst. Er hat hierzu unter anderem mehrere Anträge der Oppositionsfraktionen beraten¹⁰⁸. Vor dem Hintergrund der Schließung der **Schleuse Brunsbüttel** hat sich der Ausschuss über die aktuelle Situation am Nord-Ostsee-Kanal (NOK) informiert.

Unter verschiedenen Aspekten hat der Ausschuss das Projekt einer **festen Fehmarnbelt-Querung** beraten. Unter anderem hat er sich mit der Streitfrage befasst, ob das Projekt weiter verfolgt oder über einen Ausstieg verhandelt werden soll, sowie mit den Aspekten der Schiffsicherheit bei diesem Vorhaben. Zu diesen Themen eingebrachte Anträge der Oppositionsfraktionen hat er abgelehnt¹⁰⁹.

Ein Thema, welches besonders kontrovers diskutiert wurde und in der interessierten Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit fand, war eine Entschließung, mit der die Bundesregierung unter anderem aufgefordert wurde, die Grenze, ab der eine **Führerscheinpflicht für Sportboote** gilt, auf 11,4 kW (15 PS) zu erhöhen und weitere Gebiete für eine Charterscheinregelung auszuweisen (die Charterbescheinigung ermöglicht es Touristen, unter bestimmten Voraussetzungen ein Bootes auf ausgewählten Binnengewässern ohne Sportbootführerschein zu führen)¹¹⁰. Hierzu hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auch eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹¹¹.

Exkurs: Die weitere Entwicklung bei der Führerscheinpflicht für Sportboote

Mit der "Verordnung zur Änderung sportbootrechtlicher Vorschriften im See- und Binnenbereich" (BGBl. I, Heft 47, S. 2102) sind im Herbst 2012 verschiedene Änderungen im Bereich des Sportbootrechts erfolgt. Das Ministerium schreibt dazu in einer Pressemitteilung vom 17. Oktober 2012¹¹² unter anderem:

„Die von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer erlassene Verordnung setzt einen Beschluss des Deutschen Bundestages von Anfang des Jahres um. Kern der Neuregelung ist die Anhebung der Führerscheinfreigrenze von bislang 3,68 kW (5 PS) auf 11,03 kW (15 PS) bei nichtgewerblicher Nutzung.“

Ein Gesetzesvorhaben im Bereich der Schifffahrt, das **Schiffsunfalldatenbankgesetz**, betraf die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Errichtung eines elektronischen Datenbanksystems für Schiffsunfälle¹¹³. Mit dem „Gesetz zur Änderung seeverkehrsrechtlicher und sonstiger Vorschriften mit Bezug zum Seerecht“ wurde der Notwendigkeit zu Änderungen Rechnung getragen, die sich aus der Fortentwicklung völker- und europarechtlicher Vorgaben ergeben hat, zum Beispiel im Bereich der **Versicherung von Schiffseigentümern** für Seeforderungen sowie der Umsetzung des **Wrackbeseitigungsübereinkommens**. Mit dem „Ersten Gesetz zur Änderung schifffahrtsrechtlicher Vorschriften“ sollte dem Sofortprogramm zum Energiekonzept der Bundesregie-

¹⁰⁸ Drs. 17/12921 (a. 17/8140 b. 17/8349 c. 17/8583)

¹⁰⁹ Drs. 17/13154 (a. 17/11365 b. 17/8912 c. 17/9407)

¹¹⁰ Drs. 17/8482 (17/7937; siehe auch [hib-Meldung vom 25. Januar 2012](#))

¹¹¹ Sitzung am 18. Januar 2012 (siehe auch [hib-Meldung vom 18. Januar 2012](#))

¹¹² Pressemitteilung des BMVBS vom 17. Oktober 2012

¹¹³ Drs. 17/13532 (17/13032)

rung Rechnung getragen werden, welches eine Änderung der Seeanlagenverordnung vorsah, um Vorratshaltungen von **Genehmigungen für Offshore-Projekte** zu vermeiden und die Genehmigungen zu bündeln¹¹⁴. Das „Erste Gesetz zur Änderung des **Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetzes**“ diene vor allem der Umsetzung der Richtlinie 2009/18/EG in nationales Recht¹¹⁵.

Das „Gesetz zur Änderung des Flaggenrechtsgesetzes und der Schiffsregisterordnung“ sieht vor, dass die **Ausflaggung** zukünftig so gestaltet wird, dass dadurch entstehende Nachteile für den Schifffahrtsstandort ausgeglichen werden, wobei die Ausflaggung nur genehmigt werden soll, wenn dafür ein Ausgleich durch den begünstigten Reeder geleistet wird¹¹⁶.

Weitere Gesetzesvorhaben aus dem Bereich der Schifffahrt waren (in chronologischer Abfolge):

- die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Ratifikation des Abkommens vom 17. Juni 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Seeschifffahrt¹¹⁷;
- das „Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen von 2004 zur Kontrolle und Behandlung von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen (**Ballastwasser-Gesetz**)“¹¹⁸;
- die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Ratifikation des Abkommens vom 3. Mai 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Korea über die Seeschifffahrt¹¹⁹;
- die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Ratifikation des Internationalen Übereinkommens von Nairobi von 2007 über die Beseitigung von Wracks¹²⁰;
- das „Erste Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von **Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt**“¹²¹;

Weitere Themen waren zudem (in chronologischer Abfolge):

- das **Recycling von Seeschiffen**;
- die Zukunft der **Traditionsschifffahrt**;
- Schutz- und Sicherheitskonzepte für den Bau und Betrieb von **Offshore-Windparks**¹²²;
- die Frage nach der für den Ausbau der **Offshore-Windenergie** erforderlichen Hafeninfrastruktur¹²³;
- die Frage der Beurteilung eines etwaigen neuen „**Port Package III**“ der EU-Kommission¹²⁴ sowie
- Vorschläge der Europäischen Kommission zur Regulierung der europäischen **Hafendienste**.

¹¹⁴ Drs. 17/6364 (a. 17/6077 b. 17/6254)

¹¹⁵ Drs. 17/7193 (17/6334)

¹¹⁶ Drs. 17/11307 (a. 17/10772 b. 17/10097; siehe auch [hib-Meldung vom 24. Oktober 2012](#))

¹¹⁷ Drs. 17/7683 (17/7237)

¹¹⁸ Drs. 17/11433 (17/11052)

¹¹⁹ Drs. 17/12574 (17/12336)

¹²⁰ Drs. 17/12595 (17/12343)

¹²¹ Drs. 17/13348 (17/13030)

¹²² Drs. 17/12941 (17/9928; siehe auch [hib-Meldung vom 28. November 2012](#))

¹²³ Drs. 17/10716 (17/9573)

¹²⁴ Drs. 17/12593 (17/11147)

10. Verkehrslärm

Verkehrslärm ist ein Thema, welches für die Bürger eine immer größere Rolle spielt. Dementsprechend hat sich der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung damit nicht nur in Bezug auf die einzelnen Verkehrsträger, sondern auch verkehrsträgerübergreifend befasst. So hat sich der Ausschuss unter anderem mit der Umsetzung des nationalen Verkehrslärmschutzpaketes II, mit dem Antrag „Straßen- und Schienenlärm wirksam reduzieren“¹²⁵ und dem Antrag „Für einen neuen Infrastrukturkonsens – Schutz der Menschen vor Straßen- und Schienenlärm nachdrücklich verbessern“¹²⁶ befasst.

11. Verkehrsträgerübergreifende Infrastrukturfragen

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat sich auch in der 17. Wahlperiode nicht nur mit Infrastrukturfragen beschäftigt, die lediglich einzelne Verkehrsträger betreffen, sondern auf mit übergreifenden Infrastrukturthemen. So hat er eine Reihe von Oppositionsanträgen beraten, die sich mit der Zukunft der Verkehrsinfrastruktur und der grundsätzlichen Ausrichtung der Verkehrsinfrastrukturpolitik sowie der Struktur der Verkehrsinvestitionen und ihrer Finanzierung befassen¹²⁷. Zu dem Antrag der Fraktion der SPD „Für einen neuen Infrastrukturkonsens: Gemeinsam Zukunft planen - Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen“ hat der Ausschuss am 13. Juni 2012 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹²⁸. Zu den Anträgen der Fraktionen der SPD „Stillstand in der Verkehrspolitik überwinden – Zukunftskommission zur Reform der Infrastrukturfinanzierung einrichten“ (17/5022), der Fraktion Die Linke „Grundlegende Neuausrichtung der Verkehrsinvestitionspolitik für Klima- und Umweltschutz, Barrierefreiheit, sozialer Gerechtigkeit und neue Arbeitsplätze“ (17/1971) sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Durch eine neue Investitionspolitik zu mehr Verkehr auf der Schiene“ (17/1988) hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 11. April eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹²⁹.

Ein bedeutendes Thema der 17. Wahlperiode war auch die Revision der **Transeuropäischen Netze Verkehr (TEN-V)**. Zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien der Union für den Aufbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes“ hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung u. a. eine Entschließung auf den Weg gebracht¹³⁰.

Der Ausschuss hat auch den Entwurf des **Investitionsrahmenplans 2011 – 2015** (unter anderem im Rahmen eines Gesprächs mit Bundesminister Dr. Peter Ramsauer) sowie die Länderanmeldungen dazu, die Umsetzung des Beschlusses des Koalitionsausschusses, einmalig eine **Milliarde Euro für die Verkehrsinfrastruktur** im Jahr 2012 zur Verfügung zu stellen und die Projektliste für das **Infrastrukturbeschleunigungsprogramm (IBP)** thematisiert.

¹²⁵ Drs. 17/14151 (17/13915)

¹²⁶ Drs. 17/5461

¹²⁷ Drs. 17/1479 (17/782), 17/8386 (a. 17/5022 b. 17/1971 c. 17/1988; siehe auch [hib-Meldung vom 11. Mai 2011](#)), Drs. 17/12786 (17/9156; siehe auch [hib-Meldung vom 16. Januar 2013](#)), Drs. 17/14094 (17/13191; siehe auch [hib-Meldung vom 12. Juni 2013](#))

¹²⁸ 76. Sitzung am 13. Juni 2013 (siehe auch [hib-Meldung vom 13. Juni 2012](#))

¹²⁹ 38. Sitzung am 13. April 2013 (siehe auch [hib-Meldung vom 13. April 2013](#))

¹³⁰ Drs. 17/8484 (17/7918 Nr. A.18)

Mehrfach hat er sich intensiv mit dem Sachstand zu den Vorbereitungsarbeiten für den nächsten **Bundesverkehrswegeplan** befasst, unter anderem in der Form eines Gesprächs mit hieran beteiligten Wissenschaftlern¹³¹.

Über den Sachstand bei dem Projekt des europäischen **Satellitennavigationssystems Galileo** und über die Finanzierung dieses Projekts hat sich der Ausschuss in der 17. Wahlperiode immer wieder unterrichten lassen. Unter anderem hat er hierzu ein Gespräch mit Dr. Paul Weissenberg, dem stellvertretenden Generaldirektor Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission geführt.

Exkurs: Bundesverkehrswegeplan

Gegenstand des Bundesverkehrswegeplans ist die Planung der in der Zuständigkeit des Bundes zu errichtenden Verkehrsinfrastruktur. Es handelt es sich um einen verkehrsträgerübergreifenden Investitionsrahmenplan und ein Planungsinstrument der Bundesregierung, nicht aber um einen Finanzierungsplan. Die Realisierung der Projekte erfolgt nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Mittel (Jährlichkeit des Haushaltes). Durch den Bundesverkehrswegeplan sollen unter Einbeziehung der ökologischen und raumordnerischen Aspekte die Prioritäten für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vor dem Hintergrund der begrenzten Finanzmittel festgelegt werden. Rechtliche Bedeutung erlangen die darin enthaltenen Planungen durch die Übernahme in die Bedarfspläne zum Fernstraßenausbaugesetz und zum Bundesschienenwegeausbaugesetz.

Im aktuellen Bundesverkehrswegeplan 2003 gibt es für die Priorität von Verkehrsvorhaben folgende Kategorien:

Vordringlicher Bedarf (VB)

- laufende und fest disponierte Vorhaben,
- laufende und fest disponierte Vorhaben mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag für VB,
- neue Vorhaben,
- neue Vorhaben mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag für VB,

Weiterer Bedarf (WB)

- neue Vorhaben mit Planungsrecht (WB*)¹³²,
- neue Vorhaben mit Planungsrecht (WB*) und mit besonderem naturschutzfachlichen Planungsauftrag,
- neue Vorhaben,
- neue Vorhaben mit festgestelltem hohem ökologischen Risiko.

Das Bundesschienenwegeausbaugesetz bzw. das Fernstraßenausbaugesetz legen fest, dass das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung nach den Bedarfsplänen zu diesen Gesetzen Fünfjahrespläne aufzustellen hat, was das Ministerium mit der Aufstellung von Investitionsrahmenplänen (IRP) umsetzt, zuletzt mit dem Investitionsrahmenplan für die Jahre 2011 bis 2015¹³³.

¹³¹ [hib-Meldung vom 20. Februar 2013](#)

¹³² WB*: gesprochen „WB Stern“

Derzeit wird ein Bundesverkehrswegeplan 2015 vorbereitet¹³⁴. Unter anderem gibt es eine Reihe von Forschungsvorhaben zur methodischen Weiterentwicklung der Bundesverkehrswegeplanung¹³⁵ sowie ein Konsultationsverfahren zum Entwurf der Grundkonzeption für den BVWP 2015¹³⁶.

Weitere Themen waren die zukünftige **Finanzierung von Verkehrsprojekten** des Bundes in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg sowie die Auswirkungen des **Hochwassers 2013** auf die Verkehrsinfrastruktur (hierzu hat sich der Ausschuss mehrfach durch Bundesminister Dr. Ramsauer berichten lassen).

Ein Thema, welches sowohl die Schienen- als auch die Straßeninfrastruktur betrifft, war die Verteilung der Kosten für bauliche Maßnahmen an **Kreuzungen von Eisenbahnen und Straßen**¹³⁷.

Ein verkehrsträgerübergreifendes Thema war auch das der **Hafenhinterlandanbindung**. Neben der mehrfach erörterten Frage einer verbesserten Schienenanbindung deutscher Häfen, wurde auch ein Antrag zur Verbesserung der Hinterlandanbindung der sog. ZARA-Häfen (Zeebrügge, Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen) beraten¹³⁸.

Exkurs: Kommissionen zur Infrastrukturfinanzierung

Daehre-Kommission (2011-2012)

Im Dezember 2011 setzte die Verkehrsministerkonferenz eine Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ unter Leitung von Karl-Heinz Daehre, ehemaliger Verkehrsminister des Landes Sachsen-Anhalt, ein. Diese legte Ende 2012 ihren Abschlussbericht¹³⁹ vor. Darin ging sie von der grundsätzlichen Feststellung aus, dass ein fortschreitender Substanzverzehr der Verkehrsinfrastruktur die Mobilität der Bürger wie auch den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährde. Das ermittelte jährliche Finanzierungsdefizit von 7,2 Mrd. Euro verdeutliche den Handlungsbedarf, so die Kommission. Es gelte insbesondere, Erhalt und Betrieb des Bestandsnetzes zukünftig vorrangig zu finanzieren. Etwaige Neubauprojekte bedürften gleichzeitig mit der politischen Entscheidung zu ihrer Realisierung auch einer Klärung ihrer Finanzierung. Als Instrumente für eine Behebung des Finanzierungsdefizits kämen ein höherer Anteil des Verkehrssektors an den Steuereinnahmen oder generell eine Anhebung der Haushaltsmittel für den Verkehrsbereich in Frage. Die Analyse ausländischer Beispiele zeige zudem, dass Fonds-Lösungen geeignete Instrumente für eine flexible überjährige Finanzierung sein könnten. Auch an Elemente einer verstärkten Nutzerfinanzierung sei zu denken; ihre Vor- und Nachteile werden im Bericht analysiert.

Bodewig-Kommission (2013)

Im April 2013 wurde von der Verkehrsministerkonferenz eine weitere Kommission zum Thema „Nachhaltige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ unter der Leitung des ehemaligen Bundesverkehrsministers Kurt Bodewig eingerichtet. Ihre Aufgabe bestand darin, Möglichkeiten zur Umsetzung der von der Vorgängerkommission vorgeschlagenen Konzepte zu

¹³³ [IRP 2011 - 2015](#)

¹³⁴ [Informationen im Internetangebot des BMVBS](#)

¹³⁵ [Informationen im Internetangebot des BMVBS](#)

¹³⁶ [Informationen im Internetangebot des BMVBS](#)

¹³⁷ [Drs. 17/12452 \(17/10820\)](#)

¹³⁸ [Drs. 17/13151 \(17/12194\)](#)

¹³⁹ [Abschlussbericht der Kommission "Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung"](#)

prüfen sowie konkrete Handlungsempfehlungen und Finanzierungsmodelle zu erarbeiten. In den Ende September 2013 vorgelegten Empfehlungen¹⁴⁰ der Kommission heißt es, es gehe darum, „den Vermögensverzehr von Verkehrsinfrastruktur zu beenden“ sowie „den Mitteleinsatz ... effizienter“ zu machen. Der errechnete Fehlbetrag von 7,2 Mrd. Euro jährlich stelle lediglich eine Untergrenze dar, die vor allem Erhalt und Betrieb betreffe. Es bestehe darüber hinaus dramatischer Nachholbedarf bei den Brücken, der aber noch nicht vollständig bezifferbar sei. Die zukünftige Prioritätensetzung müsse dem Prinzip „Erhalt und Sanierung vor Aus- und Neubau“ folgen. Um den entstandenen Nachholbedarf abarbeiten zu können, müsse der Bund dazu beitragen, zusätzliche Haushaltsmittel für alle Verkehrsträger in der Größenordnung von 2,7 Mrd. Euro pro Jahr (bzw. ca. 40 Mrd. über 15 Jahre) bereitstellen. Zur Finanzierung böte sich ein Instrumentenmix an, für den sich auch Fonds (Infrastrukturfonds Schiene/Straße) oder Sondervermögen eigneten, um Gelder überjährig und zweckgebunden zu sichern. Erhöhte Haushaltsmittel könnten teils den Steuereinnahmen des Verkehrsbereichs (wie Kfz-Steuer, Mineralölsteuer) entspringen. Im Übrigen solle auf stärkere Nutzerfinanzierung gesetzt werden. In Frage komme etwa eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Bundesstraßen (+2,3 Mrd. Euro pro Jahr) oder sogar auf Landesstraßen (+0,8 Mrd.) und die Einbeziehung von LKWs ab 7,5 t (+0,6 Mrd.). Für die Zeit von 2014 bis 2019 lege die Kommission einen Stufenplan vor, der die schrittweise Einführung verschiedener Finanzierungselemente vorsieht. Eine Sonderkonferenz der Länder-Verkehrsminister machte am 2. Oktober 2013 diese Empfehlungen der Kommission zur Grundlage eines eigenen Beschlusses¹⁴¹.

12. Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)

Ein im Ausschuss kontrovers diskutiertes Thema, welches nicht nur, aber schwerpunktmäßig den Bereich der Verkehrsinfrastruktur betrifft, war das Thema **Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP)**. Hierzu hat der Ausschuss mehrere Anträge beraten und im Oktober 2012 dazu eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁴². Dem Plenum hat der Ausschuss den Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP „Öffentlich-Private Partnerschaften - Potentiale richtig nutzen, mittelstandsfreundlich gestalten und Transparenz erhöhen“ zur Annahme empfohlen¹⁴³, der unter anderem die Aufforderung an die Bundesregierung beinhaltet, zu untersuchen, wie Öffentlich-Private Partnerschaften mittelstandsfreundlich weiterentwickelt werden können. Die Anträge der Fraktion der SPD „Für einen neuen Infrastrukturkonsens: Öffentlich-Private Partnerschaften differenziert bewerten, mit mehr Transparenz weiterentwickeln und den Fokus auf die Wirtschaftlichkeit stärken“ sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Transparenz in Public Privat Partnerships im Verkehrswesen“ hat er abgelehnt.

Die Frage der Nutzung Öffentlich-Privater-Partnerschaften für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur wurde im Ausschuss zudem immer wieder in den verschiedensten Zusammenhängen angesprochen. Unter anderem hat sich der Ausschuss mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu ÖPP-Projekten befasst.

¹⁴⁰ Vgl. [Konzeptdokument](#) der Bodewig-Kommission vom 30.09.2013 bzw. [Empfehlungen an die VMK](#).

¹⁴¹ Vgl. [Beschluss der VMK](#)

¹⁴² [Sitzung am 24. Oktober 2012](#) (siehe auch [hib-Meldung vom 24. Oktober 2013](#))

¹⁴³ [Drs. 17/13155](#) (a. 17/12696 b. 17/9726 c. 17/5258)

13. Verkehrssicherheit

Auch im Bereich der Verkehrssicherheit waren verkehrsträgerübergreifende Fragen Beratungsgegenstand im Ausschuss. So hat sich der Ausschuss mit mehreren Anträgen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit befasst:

- Fraktionen CDU/CSU und FDP: Die Verkehrssicherheit in Deutschland weiter verbessern;
- Fraktion der SPD „Sicher durch den Straßenverkehr – Für eine ambitionierte Verkehrssicherheitsarbeit in Deutschland“;
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Masterplan Straßenverkehrssicherheit – Ambitioniertes Nationales Verkehrssicherheitsprogramm 2011–2020 vorlegen“.

Dazu hat er am 9. November 2011 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁴⁴. Im Ergebnis hat der Ausschuss mehrheitlich die Annahme eines Antrags der Fraktionen CDU/CSU und FDP empfohlen, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Verkehrssicherheit in Deutschland nach Maßgabe von 14 in dem Antrag aufgeführten Punkten weiter zu verbessern. Die beiden übrigen Anträge hat der Ausschuss abgelehnt¹⁴⁵.

Zu dem **Paket "Verkehrssicherheit"** der EU-Kommission hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung dem Plenum des Deutschen Bundestages die Annahme einer Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 des Grundgesetzes empfohlen, mit der unter anderem der Vorschlag für eine Verordnung über die regelmäßige technische Überwachung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/40/EG in der vorgelegten Form abgelehnt wurde und zumindest maßgebliche Verbesserungen des Verordnungsvorschlags gefordert wurden¹⁴⁶. Auch das **Verkehrssicherheitsprogramm der Bundesregierung** hat der Ausschuss thematisiert und hat sich dazu einen Sachstandsbericht geben lassen.

14. Sonstige Verkehrsthemen

Ein bedeutendes Thema der Ausschussberatungen war in der 17. Wahlperiode das „**Weißbuch der EU-Kommission** „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“. Hierzu hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung dem Plenum die Annahme einer umfangreichen Entschließung auf der Grundlage eines Antrags der Fraktionen CDU/CSU und FDP¹⁴⁷ empfohlen, während er sich zugleich für die Ablehnung mehrerer Oppositionsanträge¹⁴⁸ zu dem Themenkomplex ausgesprochen hat¹⁴⁹. Die angenommene Entschließung bezieht zu dem Weißbuch Stellung und stellt dazu Forderungen an die Bundesregierung auf, welche in 31 Unterpunkten aufgeführt sind¹⁵⁰. Weitere Themen, mit denen sich der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Bereich des Verkehrs befasst hat, waren unter anderem die **Fahrgastrechte**. Hier war der Ausschuss auch mit dem „Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die **Fahrgastrechte** im See-

¹⁴⁴ Sitzung am 9. November 2011 (siehe auch [hib-Meldung vom 9. November 2011](#))

¹⁴⁵ Drs. 17/8341 (a. 17/5530 b. 17/5772 c. 17/7466; siehe auch [hib-Meldung vom 30. November 2011](#))

¹⁴⁶ Drs. 17/13165 (17/10710 Nr. A.53)

¹⁴⁷ Drs. 17/7679

¹⁴⁸ Drs. 17/7177, Drs. 17/5906

¹⁴⁹ Drs. 17/7679

¹⁵⁰ [hib-Meldung vom 9. November 2011](#)

und Binnenschiffsverkehr sowie zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes“ befasst¹⁵¹. Ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Durchsetzung und Evaluation des Reiserechts verbessern“ wurde vom Ausschuss abgelehnt¹⁵².

Das im Ausschuss ebenfalls behandelte „Gesetz zur Änderung des **Verkehrsleistungsgesetzes**“, nach dem Leistungen im Rahmen der Amtshilfe bei Naturkatastrophen oder einem besonders schweren Unglücksfall angefordert werden können, hatte unter anderem zum Ziel, durch die Einrichtung einer koordinierenden Behörde sicherheitsgefährdende Verfahrensdefizite zu beheben.

Der Ausschuss hat sich auch intensiv über die Auswirkungen der **winterlichen Verhältnisse** im Winter 2011/2012 auf die Verkehrsträger informiert¹⁵³.

Weitere Themen waren

- das Bundesprogramm 2012 - 2016 für die Vorhaben des öffentlichen Nahverkehrs nach § 6 Abs. 1 **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** (GVFG). Im Zusammenhang mit der Gemeindeverkehrsfinanzierung (und der Wohnungsbauförderung) wurde auch die Zukunft der **Entflechtungsmittel** (welche im Hinblick auf die Beendigung von Mischfinanzierungen zwischen Bund und Ländern durch die Föderalismusreform als Kompensation an die Länder fließen) thematisiert.
- Stand und Entwicklung der streitbefangenen¹⁵⁴ Mittel bei der Förderung des **Kombinierten Verkehrs** und Konsequenzen für die neue Förderrichtlinie 2012,
 - die **Frauenquote** bei Gremienbesetzungen durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung¹⁵⁵,
- der von der Europäischen Kommission vorgelegte **Aktionsplan urbane Mobilität**¹⁵⁶.

III. Beratungsthemen Energieeinsparung und Klimaschutz

Energieeinsparung und Klimaschutz bilden einen Themenkomplex, der sowohl den Verkehrs- als auch den Baubereich betrifft. Vor allem im Zuge der im Jahr 2011 eingeleiteten **Energiewende** erlangte dieser Themenkomplex auch im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ganz besondere Bedeutung.

1. Energieeinsparung im Gebäudebereich

Ein zentrales Thema ist hier die **Energieeinsparung im Gebäudebereich**. Hierzu hat der Ausschuss unter anderem das „Vierte Gesetz zur Änderung des **Energieeinsparungsgesetzes**“ beraten, mit dem die Voraussetzungen für die Umsetzung der EU-Richtlinie 2010/31/EU über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden in deutsches Recht geschaffen und eine ab 2019 beziehungsweise 2021 geltende Grundpflicht zur Errichtung von Neubauten als Niedrigstenergiegebäude im Energieeinsparungsgesetz (EnEG) verankert wurde¹⁵⁷. Die Gesetzesänderung schafft insbesondere die Grundlage für nachfolgende Verordnungsänderungen, indem sie die Bundesregierung ermächtigt, die Anforderungen an zukünftige zu errichtende Niedrigstenergiegebäude in der Energieeinspar-

¹⁵¹ Drs. 17/11181 (17/10958)

¹⁵² Drs. 17/5562 (17/4041, siehe auch [hib-Meldung vom 23. Februar 2011](#))

¹⁵³ z. B. [hib-Meldung vom 19. Januar 2011](#)

¹⁵⁴ zum Hintergrund: [Frage+Antwort Bundesregierung](#)

¹⁵⁵ Drs. 17/7011 (17/5257)

¹⁵⁶ Drs. 17/815 (17/136 Nr. A.92)

¹⁵⁷ Drs. 17/13527 (17/12619, 17/13037)

verordnung (EnEV) zu regeln. Das Gesetz ändert aber – auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP – die Verordnung teilweise auch unmittelbar: Das zuvor in § 10a der EnEV formulierte, schrittweise greifende Verbot von elektrischen Speicherheizungen wurde aufgehoben; der Betrieb von Nachtstromspeicherheizungen bleibt somit auch über 2020 hinaus erlaubt. Zu dem Gesetzentwurf hat der Ausschuss im April 2013 auch eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁵⁸

Exkurs: EnEG und EnEV im Bundesrat

Der Bundesrat befasste sich am 7. Juni 2013 mit dem „Vierten Gesetz zur Änderung des Energieeinsparungsgesetzes“. Im mitberatenden Umweltausschuss bestanden zuvor Bedenken bezüglich paralleler Regelungen im EnEG, in der EnEV und im EEWärmeG, die nach Auffassung des Umweltausschusses unnötigen Umsetzungsaufwand verursachten und die planerische Optimierung von Gebäuden erschwerten. Das Plenum des Bundesrates verzichtete jedoch auf einen Einspruch gegen das Gesetz, das daraufhin am 12. Juli 2013 verkündet wurde und am Tag danach in Kraft trat.

Der von der Bundesregierung bereits im Februar 2013 eingebrachte Entwurf einer Verordnung zur Änderung der EnEV bedurfte der Zustimmung des Bundesrates, wo er nach Inkrafttreten der EnEG-Änderung abschließend behandelt werden konnte. Im Ergebnis stimmten die Länder am 11. Oktober 2013 der Verordnung unter Auflagen zu, machten mit einer zugehörigen Entschließung jedoch gleichzeitig deutlich, dass sie die Vorlage in wesentlichen Punkten für unzureichend hielten. Insbesondere forderten sie die Bundesregierung auf, eine Vereinfachung und Zusammenführung der parallelen Regelungen im EnEG, in der EnEV und im EEWärmeG unverzüglich anzugehen, um Planungs- und Bürokratiekosten zu senken. Die zur Grundlage der Zustimmung gemachten konkreten Änderungen erstreckten sich über 40 Druckseiten¹⁵⁹.

Die Bundesregierung hat die vom Bundesrat geforderten Änderungen am 16. Oktober 2013 übernommen und die EnEV-Novelle beschlossen. Kernpunkte sind laut Darstellung des BMVBS¹⁶⁰ eine Anhebung der energetischen Anforderungen im Neubau ab 2016 um durchschnittlich 25% sowie eine Stärkung des Energieausweises als Informationsinstrument für Verbraucher. Die Neuregelung tritt gemäß ihrem Art. 3 Absatz 1 im Wesentlichen am 1. Mai 2014 in Kraft (Ausnahmen sind in Art. 3 Absatz 2 geregelt)¹⁶¹.

Mit dem Thema Energieeinsparung hat sich der Ausschuss aber auch außerhalb der eigentlichen Gesetzgebungsarbeit in vielfältiger Weise beschäftigt¹⁶². So hat er sich auch mehrfach mit der auf der Grundlage des Energieeinsparungsgesetzes erlassenen **Energieeinsparverordnung** befasst.

Zum Thema Klimaschutz in der Stadt und im Gebäudesektor hat der Ausschuss mehrere Anträge beraten¹⁶³. Zu drei Oppositionsanträgen zu diesem Themenkomplex fand am 26. September 2011 eine öffentliche Anhörung statt¹⁶⁴. Auch die Perspektiven in der **Förderung der CO₂-Gebäudesanierung**, das Eckpunktepapier des BMVBS zur Ausgestaltung eines KfW-Programms

¹⁵⁸ 99. Sitzung am 17. April 2013 (siehe auch [hib-Meldung vom 17. April 2013](#))

¹⁵⁹ BR-Drs. 113/13(B)

¹⁶⁰ Pressemitteilung vom 16. Okt. 2013

¹⁶¹ Vgl. [Bundesgesetzblatt](#) I Nr. 67 vom 21. November 2013, [Information des BMVBS](#)

¹⁶² Drs. 17/12671 (17/11664)

¹⁶³ Drs. 17/8384 (a. 17/7023 b. 17/5368 c. 17/5778)

¹⁶⁴ 51. Sitzung am 26. September 2011 (siehe auch [hib-Meldung vom 28. September 2011](#))

"Förderung der energetischen Stadtsanierung" sowie die Richtlinie für das neue KfW-Förderprogramm Energetische Stadtsanierung wurden erörtert. Fragen der **Finanzierung** der energetischen Sanierung wurden immer wieder intensiv erörtert; unter anderem zu Anträgen¹⁶⁵ zu dieser Thematik fand im Oktober 2010 eine öffentliche Anhörung statt¹⁶⁶. Auch mit sozialen Aspekten der energetischen Quartierssanierung und den Auswirkungen der energetischen Gebäudesanierung auf die **Mieten** hat sich der Ausschuss befasst (z. B. bei der Erörterung des Antrags „Energetische Quartierssanierung sozialgerecht voranbringen“¹⁶⁷ und des Antrags „Wohnraum in Deutschland zukunftsfähig machen - Für ein sozial gerechtes und klimafreundliches Mietrecht“¹⁶⁸ – hierzu fand im November 2012 auch ein öffentliches Expertengespräch statt¹⁶⁹).

2. Elektromobilität

Ein weiteres wichtiges Thema war auch die **Elektromobilität**. Dazu hat der Ausschuss u. a. eine Reihe von Anträgen aus allen Fraktionen beraten¹⁷⁰:

- Fraktionen CDU/CSU und FDP: „Mobilität nachhaltig sichern - Elektromobilität fördern
- Fraktion der SPD: „Nachhaltige Mobilität fördern - Elektromobilität vorantreiben“
- Fraktion DIE LINKE.: „Klimaschutz im Verkehr braucht wesentlich mehr als Elektroautos“
- Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Mit grüner Elektromobilität ins postfossile Zeitalter“.

Zu den Anträgen hat der Ausschuss im Mai 2011 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁷¹. Er hat im Ergebnis mehrheitlich dem Plenum den Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP zur Annahme empfohlen, welcher eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität fordert, und die übrigen Anträge abgelehnt.

Bereits im Jahr 2010 hatte sich der Ausschuss über die Ergebnisse des Spitzentreffens zur Elektromobilität am 3. Mai 2010 informieren lassen und im April ein öffentliches Expertengespräch zur Elektromobilität geführt¹⁷². In einer Sitzung im Juni 2011 sprach er mit dem Vorsitzenden der Nationalen Plattform Elektromobilität, Prof. Dr. Henning Kagermann. Zudem hat der Ausschuss zum Thema Elektromobilität auch die Erstellung eines Bericht zur Technikfolgenabschätzung angeregt, welcher dann unter dem Titel „Konzepte der Elektromobilität und deren Bedeutung für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt“ vorgelegt wurde¹⁷³. Im Jahr 2012 hat sich der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung über den aktuellen Stand der Förderung der Elektromobilität durch die Bundesregierung informieren lassen.

Auch **Verbrauchs- bzw. Emissionsgrenzwerte** für Kraftfahrzeuge¹⁷⁴ sowie die Nutzung **erneuerbarer Energien** im Verkehrssektor, z. B. Biomethan¹⁷⁵ wurden diskutiert.

¹⁶⁵ Drs. 17/4835 (a. 17/2346 b. 17/2395 c. 17/2923 d. 17/2396; siehe auch [hib-Meldung vom 10. November 2010](#))

¹⁶⁶ 20. Sitzung am 27. Oktober 2010 (siehe auch [hib-Meldung vom 27. Oktober 2010](#))

¹⁶⁷ Drs. 17/13827 (17/11205; siehe auch [hib-Meldung vom 20. März 2013](#))

¹⁶⁸ Drs. 17/12472 (17/7983)

¹⁶⁹ 87. Sitzung am 28. November 2012; siehe auch [hib-Meldung vom 28. November 2013](#))

¹⁷⁰ Drs. 17/6441 (a. 17/3479 b. 17/3647 c. 17/2022 d. 17/1164)

¹⁷¹ 41. Sitzung am 25. Mai 2011 (siehe auch [hib-Meldung vom 25. Mai 2011](#))

¹⁷² 10. Sitzung am 21. April 2010 (siehe auch [hib-Meldung vom 21. April 2010](#))

¹⁷³ Drs. 17/13625

¹⁷⁴ z. B. Drs. 17/11846 (17/10108)

¹⁷⁵ Drs. 17/8414 (17/3651)

3. Weitere Beratungsgegenstände

Bereits im Januar 2010 hat der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein öffentliches Expertengespräch zur Nachbereitung der **Klimakonferenz in Kopenhagen** und den zu ziehenden Konsequenzen mit Prof. Dr. Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) geführt¹⁷⁶.

Der Ausschuss hat sich auch immer wieder den Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung betreffende Teile des **Energiepaketes** der Bundesregierung sowie des eingerichteten Energie- und Klimafonds informiert. Unter anderem hat er sich mit der Einnahmesituation des **Energie- und Klimafonds** befasst und deren etwaige Auswirkungen auf KfW-Programme zur energetischen Gebäude- und Quartierssanierung sowie die Förderung der Elektromobilität debattiert.

Weitere Beratungsgegenstände in den Bereichen Energieeinsparung und Klimaschutz waren z. B. die Nutzung ungebundener EU-Mittel aus dem Konjunkturpaket für mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien¹⁷⁷, die Frage einer Strategie für **Klimaschutz im Verkehr**, der europäische **Emissionshandel** für den Luftverkehr mit Drittstaaten sowie die Ausgestaltung der **EEG-Umlage** im Bereich der Schienenbahnen. Hinzuweisen ist hier auch auf das in [Kapitel IV 2](#) beschriebene „**Gesetz zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden**“.

IV. Beratungsthemen Bau und Stadtentwicklung

1. Wohnen

Mit dem „Dritten Gesetz zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften“ erfolgte unter anderem eine Präzisierung und Verbesserung der Regelungen zum wohngeldrechtlichen Datenabgleich¹⁷⁸. Beim Wohngeld wurde zudem die Frage der Erhaltung der Heizkostenkomponente debattiert, unter anderem aufgrund des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Heizkostenkomponente beim Wohngeld erhalten“¹⁷⁹, welcher auch in der öffentlichen Anhörung am 27. Oktober 2010¹⁸⁰ thematisiert wurde.

Zum Thema Wohnen hat sich der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung unter anderem auch mit den Auswirkungen der **erhöhten Nachfrage nach Wohnraum** in bestimmten Ballungsräumen auf das dortige Wohnungsangebot und die Miethöhe befasst. Zu einem Bericht der Bundesregierung über die **Wohnungs- und Immobilienwirtschaft** in Deutschland hat der Ausschuss – nach einem Expertengespräch am 5. Mai 2010¹⁸¹ - dem Plenum die Annahme einer Entschließung empfohlen, mit der unter anderem gefordert wurde, gute und verlässliche Rahmenbedingungen für die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft weiterzuentwickeln, die Zusammenarbeit mit der Immobilienwirtschaft zu intensivieren und die Berichterstattung über Lage und Entwicklung der Immobilienwirtschaft fortzusetzen¹⁸². Noch kurz vor dem Ende der Wahlperiode hat sich der Ausschuss in einer öffentlichen Anhörung mit der aktuellen Situation der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland befasst¹⁸³, welcher der o. g. „Bericht über die

¹⁷⁶ [Sitzung am 27. Januar 2010](#) (siehe auch [hib-Meldung vom 27. Januar 2010](#))

¹⁷⁷ [Drs. 17/7010 \(17/4040\)](#)

¹⁷⁸ [Drs. 17/10167 \(17/9851\)](#)

¹⁷⁹ [Drs. 17/4835 \(a. 17/2346 b. 17/2395 c. 17/2923 d. 17/2396\)](#)

¹⁸⁰ [Sitzung am 27. Oktober 2010](#)

¹⁸¹ [11. Sitzung am 5. Mai 2010](#) (siehe auch [hib-Meldung vom 5. Mai 2010](#))

¹⁸² [Drs. 17/5314 \(16/13325\)](#)

¹⁸³ [105. Sitzung am 5. Juni 2013](#) (siehe auch [hib-Meldung vom 5. Juni 2013](#))

Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland“ der Bundesregierung sowie mehrere Anträge zugrunde lagen¹⁸⁴. Auch mit Fragen der **Obdach- und Wohnungslosigkeit** hat sich der Ausschuss befasst¹⁸⁵.

Bedeutende Themenbereiche waren auch die Frage der Anpassung des Wohnungsbestandes an die **älter werdende Gesellschaft** sowie das Thema **Barrierefreiheit**. Der Ausschuss hat hier unter anderem ein Gespräch mit Ingrid Matthäus-Maier vom Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung geführt, welche die Ergebnisse der **Kommission „Wohnen im Alter“** vorstellte. Zudem hat er zwei Anträge der Fraktion DIE LINKE. („Grundrecht auf Wohnen sozial, ökologisch und barrierefrei gestalten“¹⁸⁶ und „Der älter werdenden Gesellschaft gerecht werden – Barrieren in Wohnungen und im Wohnumfeld abbauen“¹⁸⁷) zu diesen Themen beraten. Zu Anträgen der Fraktionen SPD „Barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen - Voraussetzungen für Teilhabe und Gleichberechtigung, der Fraktion DIE LINKE. „Barrierefreies Bauen im Baugesetzbuch verbindlich regeln und zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Barrieren abbauen - Mobilität und Wohnen für alle“¹⁸⁸ hat der Ausschuss im Mai 2012 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁸⁹.

Kontrovers wurde im Ausschuss mehrfach über die Frage der Veräußerung von **bundeseigenen Wohnungen** diskutiert. Neben mehreren Anträgen¹⁹⁰, die der Ausschuss dazu beraten hat, hat er sich auch im Rahmen von Selbstbefassungen mit diesem Thema beschäftigt, unter anderem mit Fragen der Veräußerung der TLG Wohnen GmbH.

Die **Altschuldenhilfe** für ostdeutsche Wohnungsunternehmen war auch in der 17. Wahlperiode wieder Gegenstand der Beratungen des Ausschusses; unter anderem befasste er sich mit mehreren Anträgen zu dem Thema¹⁹¹.

2. Bau- und Stadtentwicklung

Der wichtigste Beratungsgegenstand im Bereich Bau und Stadtentwicklung war in der 17. Wahlperiode die Novellierung des **Baugesetzbuchs**.

Die Novellierung erfolgte in zwei Stufen. Im Hinblick auf die Energiewende erfolgten bereits im Jahr 2011 durch das „Gesetz zur **Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden**“ Änderungen im Bauplanungsrecht mit dem Ziel der Stärkung des Klimaschutzes durch Einfügung einer Klimaschutzklausel, einer Erweiterung der Festsetzungsmöglichkeiten zum Einsatz und zur Nutzung erneuerbarer Energien und aus Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Aufnahme von Sonderregelungen zur Erleichterung der Windenergienutzung und der Nutzung von Photovoltaikanlagen an oder auf Gebäuden¹⁹². Hierzu fand am 27. Juni 2011 eine öffentliche

¹⁸⁴ Drs. 17/13776 (a. 17/12485 b. 17/12481 c. 17/11696)

¹⁸⁵ Drs. 17/3084 (17/2434), 17/14013 (a, 17/13105 b. 17/13552)

¹⁸⁶ Drs. 17/4659 (17/3433)

¹⁸⁷ Drs. 17/7630 (17/7188; siehe auch [hib-Meldung vom 26. Oktober 2011](#))

¹⁸⁸ Drs. 17/11646 (a. 17/6295 b. 17/9426 c. 17/9406)

¹⁸⁹ 73. Sitzung am 9. Mai 2012 (siehe auch [hib-Meldung vom 9. Mai 2012](#))

¹⁹⁰ Drs. 17/10361 (17/9150), 17/10717 (17/9737), siehe auch [hib-Meldung vom 25. April 2012](#))

¹⁹¹ Drs. 17/5000 (a. 17/1154 b. 17/1148), 17/5124 (17/4698), siehe auch [hib-Meldung vom 26. Januar 2011](#)

¹⁹² Drs. 17/6357 (a. 17/6076 b. 17/6253; siehe auch [hib-Meldung vom 29. Juni 2011](#))

Anhörung statt¹⁹³. Bereits am 8. Juni 2011 war der Gesetzentwurf durch Bundesminister Dr. Peter Ramsauer im Ausschuss erläutert worden¹⁹⁴.

Mit dem „Gesetz zur **Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts**“ wurde dann im Jahr 2013 geregelt, dass sich die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung vollziehen soll und die Inanspruchnahme von landwirtschaftlich oder als Wald genutzten Flächen künftig besonders zu begründen ist¹⁹⁵. Weitere Regelungen des Gesetzes beinhalteten unter anderem die Festlegung, dass Kindertagesstätten künftig in reinen Wohngebieten in einer den Bedürfnissen der Bewohner des Gebiets angemessenen Größe allgemein zulässig sind, dass zur Steuerung der Ansiedlung von Vergnügungsstätten klarstellende Regelungen eingeführt werden und dass die gemeindlichen Steuerungsmöglichkeiten für die Ansiedlung gewerblicher Intensivtierhaltungsanlagen verbessert werden. In diesem Zusammenhang hat der Ausschuss auch einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Baugesetzbuch wirklich novellieren“ beraten¹⁹⁶. Zu den beiden Vorlagen hat er im Januar 2013 eine öffentliche Anhörung durchgeführt¹⁹⁷.

Bereits im Vorfeld hatte sich der Ausschuss mit Anträgen befasst, die zu bestimmten Themenkomplexen - **Spielhallen, Flächenverbrauch** - Forderungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der Novelle des Baugesetzbuchs beinhalteten¹⁹⁸. So hat er auch im Juni 2010 zu einem Bericht zur Technikfolgenabschätzung „Reduzierung der **Flächeninanspruchnahme** – Ziele, Maßnahmen, Wirkungen“¹⁹⁹ ein Gespräch mit Juliane Jörissen vom Forschungszentrum Karlsruhe geführt. Ein im Jahr 2010 eingebrachter Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, welcher dem Ausschuss zur Beratung vorlag, forderte eine Beschränkung der **Massentierhaltung** im Außenbereich²⁰⁰.

Ein Projekt im Bereich der Baukultur, mit dem sich der Ausschuss über die Wahlperiode hinweg regelmäßig befasst hat, war das Projekt **Berliner Schloss / Humboldtforum**. Er hat sich hier immer wieder über den Planungsstand, die Kostenentwicklung und den Stand der Spenden für das Projekt informiert. Dazu hat er in Ausschusssitzungen mehrfach Gespräche mit Vertretern der "Stiftung Berliner Schloss-Humboldtforum" geführt²⁰¹. Auch die städtebauliche Qualität des **Regierungsviertels** und die Gestaltung der dortigen **Bundesbauten** (insbesondere des Neubaus des Bundesbildungsministeriums) wurden im Ausschuss diskutiert²⁰².

Bei der **Städtebauförderung** standen vor allem die Programme zur Städtebauförderung und deren finanzielle Hinterlegung im Mittelpunkt der Diskussion, namentlich das Programm „Soziale Stadt“. Hierzu wurden mehrere Anträge beraten²⁰³. Die finanzielle Ausstattung der Städtebauförderungsprogramme sowie die Verwendung der Mittel für nichtinvestive Maßnahmen waren immer wieder Gegenstand kontroverser Debatten. Der Ausschuss hat sich zudem über die

¹⁹³ 43. Sitzung am 27. Juni 2011 (siehe auch [hib-Meldung vom 27. Juni 2011](#))

¹⁹⁴ [hib-Meldung vom 8. Juni 2013](#)

¹⁹⁵ [Drs. 17/13272](#) (a. [17/11468](#) b. [17/10846](#))

¹⁹⁶ s. ebenfalls Fußnote 195

¹⁹⁷ 92. Sitzung am 30. Januar 2013 (siehe auch [hib-Meldung vom 30. Januar 2013](#))

¹⁹⁸ [Drs. 17/5698](#) ([17/4201](#)), [17/8387](#) ([17/6502](#))

¹⁹⁹ [Drs. 16/4500](#)

²⁰⁰ [Drs. 17/4724](#) ([17/1582](#))

²⁰¹ z. B. [hib-Meldung vom 17. Oktober 2012](#)

²⁰² z. B. [Drs. 17/10981](#) ([17/9171](#))

²⁰³ [Drs. 17/8199](#) (a. [17/6444](#) b. [17/6447](#)), [17/12453](#) ([17/10999](#); siehe auch [hib-Meldung vom 12. Dezember 2012](#)), [Drs. 17/4835](#) (a. [17/2346](#) b. [17/2395](#) c. [17/2923](#) d. [17/2396](#))

Evaluation der Programme und die volkswirtschaftlichen Wirkungen der Städtebauförderung informiert.

Weitere Themen im Bereich des Bauwesens und der Stadtentwicklung waren unter anderem:

- Lage und Perspektive der Bauwirtschaft;
- die Novellierung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI);
- ökologische Baustoffe²⁰⁴;
- die Verankerung des nachhaltigen Bauens in der Praxis;
- städtebauliche Aspekte der Konversion freier Militärf Flächen;
- das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge;
- 30 Jahre Bundeskleingartengesetz²⁰⁵ und
- die staatliche Baukontrolle sowie deren Sicherstellung durch Bundesgesetzgebung und Bundesverordnungen.

V. Internationale Kontakte und Kontakte zur Europäischen Union

1. Internationale Kontakte

Der alpenquerende Güterverkehr ist im europäischen Verkehrssystem von großer Bedeutung. Die Transportwege durch die Alpen sind einerseits von großer wirtschaftlicher Relevanz, andererseits beklagen die Bewohner der betroffenen Regionen die Belastungen, die von LKW-Transporten durch die Alpen ausgehen. Deshalb befasste sich der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der 17. Wahlperiode bei zwei Reisen intensiv mit Problemen und Perspektiven in diesem Bereich. Unter anderem unterrichtete er sich über im Bau befindliche bzw. geplante Tunnelprojekte, welche eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene ermöglichen sollen. So informierte sich eine Delegation des Ausschusses in **Österreich** und **Italien** im Oktober 2010 vor Ort über die Auswirkungen des alpenquerenden LKW-Verkehrs für die Anwohner (auch auf deutscher Seite), über die Probleme des Transportgewerbes bei der Überquerung der Alpen und über ergriffene bzw. geplante Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation. Die Abgeordneten besichtigten in diesem Zusammenhang in Innsbruck die Baustelle der Zulaufstrecke im Unterinntal sowie an verschiedenen Stellen in Österreich und Italien Baustellen für den Brennerbasistunnel. Ein wichtiges Thema der bei dieser Reise geführten Gespräche waren die Erwartungen in Italien und Österreich hinsichtlich des Baus von Zulaufstrecken in Deutschland, insbesondere in Bezug auf die Strecke München–Kufstein.

Im März 2011 besuchte eine Delegation des Ausschusses dann auf Einladung der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des schweizerischen Nationalrates die **Schweiz** und informierte sich insbesondere über die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT). Sie besichtigte in diesem Zusammenhang die Baustelle des Gotthard-Basistunnels in Sedrun und den Durchschlagspunkt der zweiten Tunnelröhre. Der Ausbau der entsprechenden Zulaufstrecken in Deutschland war auch hier das zentrale Thema. Bei den Gesprächen in der Schweiz spielten zudem die Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Ländern über den Anflug auf den Flughafen Zürich über deutsches Hoheitsgebiet eine große Rolle.

²⁰⁴ Drs. 17/12592 (17/11380)

²⁰⁵ 108. Sitzung am 26. Juni 2013

Bei dem Gegenbesuch einer Delegation der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates der Schweizerischen Eidgenossenschaft (der im Herbst 2012 in Berlin stattfand) wurden die Gespräche – auch vor dem Hintergrund des zwischenzeitlich abgeschlossenen, aber noch nicht ratifizierten Staatsvertrags zum Flughafen Zürich (s. o. unter „Luftverkehr“) - fortgeführt und vertieft.

Eine Delegationsreise nach **Frankreich und Großbritannien** im Juni 2011 war schwerpunktmäßig dem auf europäischer Ebene relevanten Abbau wettbewerbsverzerrender Hindernisse im Schienenverkehr gewidmet, der eingehend mit Regierungs-, Verbands- und Unternehmensvertretern erörtert wurde. Für die Ausschussarbeit relevante Themen wie die Piraterie und der Klimaschutz wurden in einem Gespräch mit dem Generalsekretär der International Maritime Organization (IMO) diskutiert, die ihren Sitz in London hat. Schließlich war ein weiterer Schwerpunkt der Reise das Thema Elektromobilität, das den Ausschuss mit Blick auf die Begrenztheit fossiler Brennstoffe und die sich daraus ergebende Notwendigkeit, innovative Antriebstechnologien zu fördern, verstärkt beschäftigt hatte (s. S. 28.).

Bereits bei einer Delegationsreise nach **China** im Frühjahr 2010 war das Thema Elektromobilität unter dem Gesichtspunkt der Infrastruktur, der Frage der Förderprogramme sowie des Engagements deutscher Firmen Gegenstand intensiver Erörterungen. Mit Vertretern des dortigen Eisenbahnministeriums wurden außerdem die Entwicklung der Transrapid-Technologie und Fragen eines möglichen weiteren Einsatzes in China thematisiert. In Shanghai besuchte die Delegation die EXPO 2010, die sich unter dem Motto „Better city – better life“ intensiv den Fragen des Umweltschutzes, des Klimawandels sowie der Energieeinsparung widmete und dies in mehreren Themenpavillons mit einer starken deutschen Präsenz (Auftritte der Städte Hamburg, Freiburg, Düsseldorf und Bremen sowie deutscher Unternehmen und Architekturbüros, verschiedene Veranstaltungen) darstellte. Probleme der internationalen Verkehrsströme und der Hafenlogistik standen im Vordergrund beim Besuch des internationalen Container-Tiefseehafens Yangshan.

Die Zusammenarbeit in Verkehrsfragen ist ein wichtiges Themenfeld bei internationalen Begegnungen des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Fragen der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, transnationale Verkehrsachsen und Möglichkeiten für eine Kooperation beim Bau und Betrieb von Verkehrsinfrastrukturen spielen hier eine wichtige Rolle. In **Brasilien** hat sich eine Delegation 2011 unter anderem über Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen Güterverkehr und Logistik sowie Luft- und Seeverkehr informiert. In Brasilien waren Erfahrungen des Landes bei der Nutzung von Biokraftstoffen ein Thema.

Im Herbst 2012 besuchte eine Delegation **Singapur** als internationales Verkehrs- und Logistikdrehkreuz. Bei den Gesprächen konnte sie an den Dialog anknüpfen, welcher beim Besuch einer singapurischen Delegation im September 2011 in Berlin begonnen worden war. Ein zentrales Thema war hier der EU-Emissionshandel im Luftverkehr.

Im Rahmen einer Delegationsreise nach **Slowenien, Kroatien und Griechenland** im Juni 2012 hat sich eine Delegation unter anderem über Fragen der weiteren Ausgestaltung der Korridore V und X im Rahmen der Revision der Transeuropäischen Netze - Verkehr (TEN-V) Projekte, Möglichkeiten, über die Adria Häfen den Transportweg über den Suezkanal nach Nordeuropa zu verkürzen sowie über die Zukunft von Autobahnprojekten in Griechenland informiert. Unter dem Aspekt der Kooperation innerhalb der EU wurden bei der Delegationsreise nach Kroatien auch verkehrliche Aspekte des Beitritts des Landes zur EU erörtert. Ein Erfahrungsaustausch zu The-

men des Ausschusses ist ein wichtiges Element der Delegationsreisen; bei der Delegationsreise nach Griechenland ging es um Erfahrungen im Bereich Öffentlich-Private-Partnerschaften ÖPP, z. B. Flughafen Athen, Autobahnbau.

Bei einer Reise nach **Litauen, Lettland und Estland** im Mai 2013 wurden unter anderem dort geplante Verkehrsinfrastrukturprojekte sowie Perspektiven für eine verstärkte Kooperation mit deutschen Häfen thematisiert. Ein zentrales Thema war zudem der geplante Bau einer Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke von Berlin über Warschau nach Tallinn bzw. Helsinki („Rail Baltica“). In Litauen, Lettland und Estland ging es unter anderem auch um die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie und Erfahrungen bei der energetischen Gebäudesanierung.

Einen städtebaulichen Schwerpunkt hatte im Frühjahr 2013 eine Delegationsreise nach **Marokko, Tunesien und Algerien**. Hier wurden unter anderem Fragen der städtischen Infrastruktur thematisiert und Kontakte im Bereich Stadtentwicklung, Infrastruktur und Energiewesen geknüpft.

2. Kontakte zur Europäischen Union

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat im Oktober 2010 in Berlin ein Gespräch mit dem Generaldirektor der Generaldirektion Mobilität und Verkehr der Europäischen Kommission, **Dr. Matthias Ruete** geführt, dessen Themen unter anderem der aktuelle Stand des Weißbuchs Verkehr, die Transeuropäischen Netze, der *Recast* des Eisenbahnpaketes, der Stand der Novellierung der Wegekostenrichtlinie, der Aktionsplan Straßenverkehrssicherheit, *Single European Sky* sowie Galileo und die Elektromobilität waren. Im April 2011 hat er, ebenfalls in Berlin, ein Gespräch mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission und Kommissar für Verkehr **Siim Kallas** geführt, dessen zentrales Thema das Weißbuch „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum - Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem“ war.

Das Gespräch mit **Dr. Paul Weissenberg**, dem stellvertretenden Generaldirektor Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission, zu dem Projekt „Galileo“ im Januar 2012 wurde bereits erwähnt.

Im Februar 2013 führten Mitglieder des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Berlin ein Gespräch mit einer Delegation des **Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten** des Europäischen Parlaments, bei dem es vor allem um den Stand der Beratungen zum Verordnungsvorschlag über Bodenabfertigungsdienste im Europäischen Parlament ging.

Anhang 1

Liste der Mitglieder des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in der 17. WP

FRAKTION	Ordentl. Mitglieder	Stellv. Mitglieder
CDU/CSU (14)	Bilger, Steffen Fischer, Dirk (Obmann) Götz, Peter Grotelüschen, Astrid (bis April 2010) Holmeier, Karl Jarzombek, Thomas Kammer, Hans-Werner (seit April 2010) Lange, Ulrich Lietz, Matthias Ludwig, Daniela Schnieder, Patrick Sendker, Reinhold Storjohann, Gero Vogel, Volkmar (Stellv. Vorsitzender) Wichtel, Heinz Peter	Aumer, Peter Bellmann, Veronika Börnsen, Wolfgang Dörflinger, Thomas Granold, Ute Heiderich, Helmut Hübinger, Anette Kaufmann, Dr. Stefan Koeppen, Jens Lach, Günter Mayer, Stephan Stracke, Stephan Vaatz, Arnold Wegner, Kai
SPD (9)	Bartol, Sören (Obmann) Beckmeyer, Uwe Burkert, Martin Gottschalck, Ulrike Groß, Michael Peter Hacker, Hans-Joachim Herzog, Gustav Kumpf, Ute Lühmann, Kirsten	Brase, Willi Groneberg, Gabriele Hinz, Petra Kahrs, Johannes Ortel, Holger Paula, Heinz Pronold, Florian Rossmann, Ernst Dieter Schwarzlühr-Sutter, Rita
FDP (6)	Döring, Patrick Körber, Sebastian Luksic, Oliver Müller, Petra (Obfrau) Simmling, Werner Staffeldt, Torsten Heiko	Günther, Joachim Höferlin, Manuel Kamp, Heiner Ratjen-Damerau, Dr. Christiane Reinhold, Hagen * Sänger, Björn
DIE LINKE (4)	Behrens, Herbert Bluhm, Heidrun (Obfrau) Leidig, Sabine Lutze, Thomas	Enkelmann, Dr. Dagmar Menzner, Dorothee Remmers, Ingrid Seifert, Dr. Ilja
BD-90/GR (4)	Herlitzius, Bettina (Obfrau) Hermann, Winfried (Vorsitzender, bis Mai 2011) Hofreiter, Dr. Anton (Vorsitzender seit Juni 2011) Kühn, Stephan (seit Juni 2011) Wagner, Daniela	Ebner, Harald Paus, Lisa Wilms, Dr. Valerie Tressel, Markus*

Anhang 2

Liste der öffentlichen Sitzungen

Datum	Beschreibung
27.01.2010	Gespräch mit Prof. Dr. Stefan Rahmstorf zur Nachbereitung der Klimakonferenz in Kopenhagen und den zu ziehenden Konsequenzen
03.03.2010	Sicherheit des rollenden Materials bei der Bahn
21.04.2010	Elektromobilität
05.05.2010	Wohnungs- und Immobilienwirtschaft
16.06.2010	Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Bahn AG
27.10.2010	CO2-Gebäudesanierung, Städtebauförderung und Heizkosten beim Wohngeld
10.11.2010	Stuttgart 21 und Neubaustrecke Wendlingen-Ulm
01.12.2010	Carsharing
06.04.2011	Neuregelung mautrechtlicher Vorschriften für Bundesfernstraßen
13.04.2011	Verkehrsinfrastruktur
25.05.2011	Elektromobilität
27.06.2011	Klimagerechte Entwicklung in den Städten und Gemeinden
29.06.2011	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung
28.09.2011	Klimaschutz/Energieeffizienz im Gebäudebereich
19.10.2011	Bahnstruktur
09.11.2011	Verkehrssicherheit
14.12.2011	Verkehrslärm
18.01.2012	Sportbootschifffahrt
29.02.2012	Personenbeförderungsgesetz
09.05.2012	Barrierefreie Mobilität und barrierefreies Wohnen
13.06.2012	Infrastruktur
24.10.2012	Öffentlich Private Partnerschaften im Verkehrswesen
07.11.2012	Schienenlärm/Schienenbonus
28.11.2012	Wohnraum
30.01.2013	Baugesetzbuch
17.04.2013	Änderung des Energieeinsparungsgesetzes
17.04.2013	Flensburger Punktesystem
24.04.2013	Nationaler Radverkehrsplan 2020
15.05.2013	Neuordnung der Regulierung im Eisenbahnbereich
05.06.2013	Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland
26.06.2013	30 Jahre Bundeskleingartengesetz

Anhang 3

Liste der beratenen Gesetzentwürfe

(Mit einem Klick auf „DIP“ in der letzten Spalte gelangen Sie zu dem zugehörigen Eintrag in der Datenbank DIP (Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge des Bundestages und des Bundesrates). Dort können Sie den Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens nachvollziehen und finden Links zu den entsprechenden Dokumenten.)

1.	17/3022	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und des Kraftfahrtsachverständigengesetzes	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung, FDP Zustimmung, DIE LINKE. Zustimmung, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
2.	17/1395	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des Fahrpersonalgesetzes	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	DIP
3.	17/7046	Gesetzentwurf der Abgeordneten Sören Bartol, Uwe Beckmeyer, Martin Burkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD, der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Dr. Valerie Wilms, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personenbeförderungs- und mautrechtlicher Vorschriften	erledigt erkl.	DIP
4.	17/8129	Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Herbert Behrens, Thomas Nord, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes	Ablehnung CDU/CSU Ablehnung, SPD Enthaltung, FDP Ablehnung, DIE LINKE. Zustimmung, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
5.	17/13029	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Luftverkehrsrechts an die Verordnung (EU) Nr. 1178/2011 der Kommission vom 3. November 2011 zur Festlegung technischer	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung, SPD Zustimmung,	DIP

		Vorschriften und von Verwaltungsverfahren in Bezug auf das fliegende Personal in der Zivilluftfahrt gemäß der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Februar 2008	FDP Zustimmung, DIE LINKE. Zustimmung, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sonstiges	
6.	17/13032	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Schiffsunfalldatenbankgesetzes (SchUnfDatG)	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung, SPD Enthaltung, FDP Zustimmung, DIE LINKE. Ablehnung, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
7.	17/11052	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen von 2004 zur Kontrolle und Behandlung von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen (Ballastwasser-Gesetz)	Annahme CDU/CSU Zustimmung, SPD Zustimmung, FDP Zustimmung, DIE LINKE. Zustimmung, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
8.	17/6615	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 21. Oktober 2010 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg über die Erneuerung und die Erhaltung der Grenzbrücke über die Mosel zwischen Wellen und Grevenmacher	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
9.	17/10917	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Luftverkehrsabkommen vom 17. Dezember 2009 zwischen Kanada und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten (Vertragsgesetz EU-Kanada-Luftverkehrsabkommen - EU-KAN-LuftverkAbkG)	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
10.	17/12371	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über Intelligente Verkehrssysteme im Straßenverkehr und deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern (Intelligente Verkehrssysteme Gesetz - IVSG)	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
11.	17/12336	Gesetzentwurf der Bundesregierung	Annahme	DIP

		Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 3. Mai 2012 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Korea über die Seeschifffahrt	CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	
12.	17/12348	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung seeverkehrsrechtlicher und sonstiger Vorschriften mit Bezug zum Seerecht	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
13.	17/3121	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Europa- Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen vom 12. Dezember 2006 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und dem Königreich Marokko andererseits (Vertragsgesetz Europa- Mittelmeer-Luftverkehrsabkommen - Euromed-LuftvAbkG-Marok)	Zustimmung CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
14.	17/6334	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Seesicherheits-Untersuchungs-Gesetzes	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
15.	17/4979	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung mautrechtlicher Vorschriften für Bundesfernstraßen	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Ablehnung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Ablehnung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	DIP
16.	17/6253	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung	DIP
17.	17/9851	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung	Annahme mit Änderungen	DIP

		wohnungsrechtlicher Vorschriften	CDU/CSU Zustimmung , SPD Enthaltung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Ablehnung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	
18.	17/7885	Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Anton Hofreiter, Bettina Herlitzius, Stephan Kühn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Entwurf eines Gesetzes zur Bedarfsfestlegung des Baus oder Ausbaus von Bundesfernstraßen	Ablehnung CDU/CSU Ablehnung , SPD Enthaltung , FDP Ablehnung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
19.	17/2068	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. Juni 2006 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten, der Republik Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Republik Bulgarien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Republik Island, der Republik Kroatien, der Republik Montenegro, dem Königreich Norwegen, Rumänien, der Republik Serbien und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Kosovo zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums (Vertragsgesetz ECAA-Übereinkommen - ECAAÜbkG)	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
20.	17/4144	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
	17/7237	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 17. Juni 2010 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerrat der Republik Albanien über die Seeschifffahrt	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Ablehnung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
21.	17/6061	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Vierten, Fünften und Sechsten Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 1. Juli 1970 über die	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Enthaltung , FDP Zustimmung , DIE LINKE.	DIP

		Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR)	Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	
22.	17/6076	Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der klimagerechten Entwicklung in den Städten und Gemeinden	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung	DIP
23.	17/6077	Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung schifffahrtsrechtlicher Vorschriften	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
24.	17/8726	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 2. Dezember 2010 über die Errichtung des Funktionalen Luftraumblocks "Europe Central" zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande und der Schweizerischen Eidgenossenschaft (FABEC-Vertrag)	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
25.	17/11468	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	DIP
26.	17/12726	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Regulierung im Eisenbahnbereich	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
27.	17/8988	Gesetzentwurf der Bundesregierung	Annahme	DIP

		Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit von selbständigen Kraftfahrern	CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	
28.	17/13027	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Ablehnung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	DIP
29.	17/13021	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes über die Bundesförderung der Investitionen in den Ersatz der Schienenwege der öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahnen im Schienengüterfernverkehrsnetz	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
30.	17/2766	Gesetzentwurf des Bundesrates Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	erledigt erkl.	DIP
31.	17/8098	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Vierzehnten Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Ablehnung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	DIP
32.	17/13418	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abkommens vom 20. März 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Erhaltung der Grenzbrücken im Zuge der deutschen Bundesfernstraßen und der polnischen Landesstraßen an der deutsch-polnischen Grenze	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
33.	17/13970	Gesetzentwurf des Bundesrates Entwurf eines Gesetzes zur Fortführung des GVFG-Bundesprogramms		DIP
34.	17/6262	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und des	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung ,	DIP

		Personenbeförderungsgesetzes	SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Ablehnung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	
35.	17/12636	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Ablehnung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Ablehnung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung	DIP
36.	17/13028	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Verkehrsleistungsgesetzes	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Ablehnung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung	DIP
37.	17/12343	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Internationalen Übereinkommen von Nairobi von 2007 über die Beseitigung von Wracks	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
38.	17/13031	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 181/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Enthaltung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung	DIP
39.	17/9343	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 21. Oktober 2010 zur Änderung des Übereinkommens vom 9. Februar 1994 über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung bestimmter Straßen mit schweren Nutzfahrzeugen	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
40.	17/10772	Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Flaggenrechtsgesetzes und der Schiffsregisterordnung	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Ablehnung , FDP Zustimmung , DIE LINKE.	DIP

			Ablehnung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	
41.	17/10958	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1177/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über die Fahrgastrechte im See- und Binnenschiffsverkehr sowie zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Enthaltung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	DIP
42.	17/8364	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
43.	17/9692	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Enthaltung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
44.	17/1582	Gesetzentwurf der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Friedrich Ostendorff, Undine Kurth (Quedlinburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Baugesetzbuchs - Beschränkung der Massentierhaltung im Außenbereich	Ablehnung CDU/CSU Ablehnung , SPD Enthaltung , FDP Ablehnung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
45.	17/3800	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetzes	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
46.	17/4981	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS	DIP

			90/DIE GRÜNEN Zustimmung	
47.	17/10771	Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Enthaltung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Enthaltung	DIP
48.	17/12856	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Güterkraftverkehrsgesetzes und anderer Gesetze	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung	DIP
49.	17/6254	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung schifffahrtsrechtlicher Vorschriften	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
50.	17/10310	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Bauproduktengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften an die Verordnung (EU) Nr. 305/2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten	Annahme CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
51.	17/12619	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Energieeinsparungsgesetzes	Annahme mit Änderungen	DIP
52.	17/8233	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Ablehnung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP
53.	17/13026	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP	DIP

			Zustimmung , DIE LINKE. Enthaltung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	
54.	17/13030	Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschifffahrt	Annahme mit Änderungen CDU/CSU Zustimmung , SPD Zustimmung , FDP Zustimmung , DIE LINKE. Zustimmung , BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung	DIP